

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

**Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats in Bremen. 1.
Sitzung 14. Nov. 1918-21. Sitzung 21. Januar 1919
(sowie) Vollsitzung am 1. Februar 1919 und 3. Feb. 1919**

(21.1.1919) 19. Sitzung

Beislagnahme der Reichsbank würde dem Kredit in Bremen vollends ein Ende machen. Das wäre also das verkehrteste, was getan werden könnte. Endlich ist von einem Vorredner bemerkt worden, man tue mit der Ausschreibung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Bremen einen Schritt rückwärts. Gerade das glaube ich nicht. Wenigstens die U. S. V. hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß man schließlich doch einmal zu den allgemeinen Wahlen kommen müsse, und Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Zeit ihrer Ausschreibung. Wenn die Not in Bremen uns heute dazu zwingt, die Wahlen stattfinden zu lassen, so ist das kein Rückschritt, zumal nicht, da es ein Mittel ist, dem Chaos zu begegnen. Ein Rückschritt wäre es nur dann, wenn man uns sagen könnte: ihr habt abgewirtschaftet, ihr könnt eure Verbindlichkeiten nicht lösen. Das wäre ein Rückschritt der Revolution. Deshalb bitte ich Sie dringend, den Antrag anzunehmen.

Opferrmann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, daß wir die heutige Sitzung bis morgen abend vertagen. Es ist gleich 11 Uhr, und eine große Anzahl Genossen müssen mit der Elektrischen nach Hause fahren. Wir können ihnen nicht zu-

muten, daß sie zu Fuß gehen. Morgen früh können wir ja weiter beraten. Es muß gründlich beraten werden, und das wird mindestens noch eine Stunde dauern.

Vors.: Morgen ist Generalstreik, da können Sie ja ausschlafen.

Sagedorn: So gut wie der Antrag Opferrmann gemeint ist, ich möchte doch bitten, davon abzusehen. Wir müssen sobald wie möglich zu einem Entschluß kommen, da wir schon am Mittwoch kein Geld mehr in der Kasse haben. Entweder so oder so. Entweder wir sorgen mit Gewalt dafür, daß wir uns noch kurze Zeit über Wasser halten, oder wir sorgen für Kredit.

Was den Antrag Franke betrifft, so muß ja unbedingt eine Entscheidung herbeigeführt werden. Auch die Frage Opferrmann erfordert unbedingt eine Beantwortung. Morgen früh wird in einer Sitzung darüber verhandelt werden. Heute abend schon eine Entscheidung zu treffen, ist nicht möglich, da wir uns erst darüber schlüssig machen müssen.

Der Verlagsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß der Sitzung um 10 Uhr 50 Minuten.

19

Sitzung vom 21. Januar 1919 im Konventsaale der Börse.

Brodmerkel führt den Vorsitz.

Eröffnung der Sitzung: 10 Uhr.

Vors.: Wir fahren in der Debatte über den Punkt 4 unserer Tagesordnung, Antrag des Rates der Volksbeauftragten usw., weiter. Als erster Redner hat der Genosse Schulz das Wort.

Schulz: Genossen! Die Kommunisten haben als Partei erklärt, sie stimmen gegen die Einführung der Nationalversammlung für Bremen. Sie haben auf die Gründe, die von unserer Seite angeführt wurden, nicht geantwortet, in welcher Richtung sie sich denken, daß es möglich wäre, uns vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Glaubt der Genosse Wahl, daß die Finanzmijere für uns geklärt werden könnte, wie er vorschlägt? Und da muß ich sagen, eins ist wunderbar, daß er sich sein kindliches Gemüt bewahrt hat trotz aller Revolution. Es steht fest, daß wir in Bremen eine kleine Insel bilden, welche, abgeschlossen vom Verkehr, zum Zusammenbruch verurteilt ist, und da sagt er nein, wir haben Verbündete, Braunschweiger, und die würden unser

Notgeld annehmen. Ich meine, ein Schulkind müßte einsehen, daß das über das Bohnenlied geht. Wenn wir Zeit dazu hätten, würde ich vorschlagen, Wahl sollte mit einem Waggon bremischen Notgeldes nach Braunschweig fahren, und ich bin fest überzeugt, er würde für das bremische Notgeld nicht einmal das gleiche Gewicht an Kartoffeln eintauschen können. (Sehr richtig!) Dann hat er gesagt, wir müßten die Betriebe vergesellschaftlichen. Ja, mit der Bergesellschaftlichung der Betriebe erreichen wir nicht das geringste. Die Betriebe haben Wert, wenn sie produzieren, und produzieren können sie nur, wenn wir Kohlen und Rohstoffe haben, und dieses Material werden wir niemals durch das bremische Notgeld bekommen. Also Geldnoten können wir drucken lassen, aber damit ist uns nur solange geholfen, wie es noch in Kurs gesetzt werden kann, länger nicht.

Dann als letzten Punkt bringt er die Weinsteuer. Also damit sollen wir uns aus der Verlegenheit helfen! Da muß man sagen, es steht einem der Verstand stille, daß man hier in Bremen damit etwas erreichen will. Wenn die Weinsteuer sehr hoch wäre, würde sie etwas

bringen; dann würden aber diejenigen, die Wein haben wollen, sagen, behaltet euren Wein und trinkt ihn selber. Dann hätten wir Wein, aber kein Geld. Das wären die Vorschläge der Kommunisten. Wir müssen uns heute klar werden, wie die Verhältnisse sich in Zukunft abwickeln werden. Wenn die Kommunisten sich gegen die Nationalversammlungswahl stemmen, dann wird sich eine Mehrheit finden, die die Wahlen einberuft. Was wird die Folge sein? Dann werden die unverantwortlichen Kommunisten erklären und mit Fingern auf uns zeigen: Hier, das sind die Gegenrevolutionäre! Wir sind dagegen gewesen, und es ist gegen unsern Willen geschehen.

Nun bin ich der Meinung, die Kommunisten sind genau so Regierungspartei wie wir, sie sitzen in derselben Stärke in der Regierung wie wir, sie machen sich aber nicht die geringsten Skrupel, daß sie ihre Regierungsvertreter hier desavouieren und sagen, wir sind dagegen. Unsere Regierungsvertreter können sehen, wie sie fertig werden. Wir müssen uns heute klar werden, ob es möglich sein wird, so weiter zu arbeiten. Wir müssen uns klar werden, ob es möglich sein wird, ohne die Kommunisten das zu machen, und zwar entweder die Kommunisten schließen sich uns an oder sie müssen in Zukunft die Geschichte allein machen. Ich für meine Person als U. S. werde das in Zukunft nicht mitmachen. Wenn ein Regierungsvertreter uns die Gründe klarlegt, daß es nicht anders geht, daß wir diesen Weg machen müssen, dann dürfen die Kommunisten nicht erklären, wir machen das nicht mit. Sie müßten auf Grund ihrer Beschlüsse konsequent sein und sagen, sie treten aus der Regierung aus. Aber nicht so, daß sie in der Regierung bleiben und mit uns arbeiten und die Partei erklärt, wir stehen nicht hinter unsern Vertretern.

O p f e r m a n n: Werte Parteigenossen! Wie liegen die Dinge? Mit der proletarisch-sozialistischen Republik ist es aus. Das Kapital arbeitet geräuschloser als wir und drückt uns jetzt die Kehle ab. Mit der Diktatur des Proletariats ist es gleichzeitig vorbei. Augenblicklich diktiert das Kapital und verlangt von uns eine bürgerliche Verfassung. Wenn man sich nun die Taten einzelner Kommunisten von gestern, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ansieht, muß man diesen Genossen mildernde Umstände zubilligen. Der Weg war verfehlt, weil sie vorher keine Verständigung mit den U. S. anknüpften und die Sache allein machen wollten. Aber es liegt nicht die geringste Veranlassung vor, den Genossen Föhn zu desavouieren, wie es Klawitter gestern getan hat. Für uns Kommunisten heißt es jetzt, friß, Vogel, oder stirb! Und wenn wir einen Weg finden wollen, um noch zu retten, was zu retten ist, können wir nichts anderes tun, als die Einigkeit der Arbeiter im allgemeinen anzustreben. Wenn wir so weiter fortfahren und uns so weiter zersplischen, wie wir es gestern getan haben, dann werden wir selbst

die Leidtragenden sein, und darum werde ich überall, wo ich vor Arbeitern spreche, immer das eine betonen, vereinigt euch, dann werden wir immer noch ein Stück weiter kommen, als es jetzt den Anschein hat.

Frank: Parteigenossen! Ich schließe mich den Ausführungen insofern an, daß wir versuchen müssen, da wir sehen, daß wir in dieser Form nicht weiter kommen können, um endlich trotz alledem uns sozialistisch zu befassen, daß wir dem, was der Genosse Hagedorn gesagt hat, uns unbedingt heute morgen anschließen. Weiter möchte ich hinweisen, daß es notwendig ist, daß eine Einigung aller Arbeiter, die auf dem Boden einer sozialistischen Republik stehen, zustande kommt. Dann werden wir erreichen, was wir jahrelang angestrebt haben. Es wird nicht gehen, daß eine einzelne Partei das tun kann. Ich möchte die Kommunisten ersuchen, dem zuzustimmen, was wir beantragen haben, daß wir eine Nationalversammlung innerhalb Bremens einberufen. Wenn wir geschlossen dem Bürgertum gegenüber auftreten können, werden wir die Mehrheit erreichen und werden dann den Bürgerlichen die Diktatur aufzwingen und sagen, das ist maßgebend für uns. Wenn wir aber als einzelne Gruppen auftreten, werden die Bürgerlichen siegen. Ich möchte deshalb die Kommunisten ersuchen, unserem Vorschlage zu einer Nationalversammlung zuzustimmen, sonst kommen wir in die größten Kalamitäten. Parteigenossen, stellt Euch hinter unsere Regierung. Es bleibt Euch nichts anderes übrig, als eure Regierung zu stützen.

F r a s u n k i e w i e z: Parteigenossen! Als wir Sonntag die große Leichenfeier hatten und wir in Zuge marschierten, kam mir unwillkürlich der Gedanke, jetzt bringen wir drei Tote zu Grabe und begraben so quasi unser Rätesystem. Denn wir hatten am Sonntagabend die Verhandlungen mit den Bankdirektoren, und zu der Notwendigkeit, das zu tun, was gegen unsere Ueberzeugung geht, sind wir gezwungen, weil wir Verantwortlichkeitsgefühl haben. Aber mit dem Moment, wo die Diktatur des Finanzkapitals gegen die Diktatur des Proletariats in seiner geräuschlosen Weise auftritt, sind wir machtlos. Die Kommunisten können wohl die Bank besetzen und Häuser zertrümmern und Menschenleben zerstören, aber sie sind nicht in der Lage, Lebensmittel herbeizuführen und dadurch einen wirtschaftlichen Prozeß von unserem sozialistischen Standpunkte aus betrachtet regelmäßig einzuführen, aus dem einfachen Grunde nicht, weil man, wenn man in einer derartigen unverantwortlichen Weise Politik treibt, man einerseits die Arbeiter selbst, die diese Aktion mitmachen, von sich schlägt, und andererseits dadurch das Chaos, das vorhanden ist, fördert. Parteigenossen, ich als überzeugter Anhänger des Rätesystems werde mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln wie bisher für das Rätesystem eintreten, weil ich es für die beste und praktischste Vertretungsform des Proletariats halte. Wenn wir aber gezwungen werden, durch die Verhält-

nisse, die stärker sind als unser Wille, dann heißt es, zwei Schritte zurückzuhüpfen. Ich will bemerken, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die der Regierung angehören, sich einstimmig auf unseren Boden gestellt haben. Sie sagen sich auch, daß die Verhältnisse stärker sind als unser Wille zur Durchführung dessen, was wir durchführen wollen, und wir haben, wenn auch blutenden Herzens, das getan, was wir in Bremen verpflichtet sind zu tun. Die Sache steht so, die Banken haben kein Geld, um die notwendigen Zahlungen zu leisten. Ein Kohlenmangel ist in Bremen vorhanden. Es sind schon verschiedene Beschwerden von den Reservelazaretten zu uns gekommen. Es wird mangelhaft geheizt, weil keine Kohlen vorhanden sind, und Kohlen können nicht eingeführt werden, weil Bremen keine Zahlungsmittel hat. Wenn wir in Bremen Papiergeld anfertigen lassen würden, würden wir darum nicht zahlungsfähiger werden. Hätten wir in Bremen Betriebe, die Produkte in irrend welcher Art herstellen würden, die wir umtauschen könnten, dann brauchten wir kein Geld, indem wir landwirtschaftliche Maschinen usw. umtauschen könnten gegen Kohlen und Lebensmittel usw. Aber wir sind erst im Uebergange. Die bremische Produktionsweise wird von der kapitalistischen Gesellschaft betrieben. Sie ist nicht sozialisiert worden und die Rohprodukte fehlen, und die müssen wir beschaffen, und es ist klar, wenn wir den Zusammenbruch nicht fördern wollen, daß wir ein System empfehlen, mit dem wir grundsätzlich wohl nicht einverstanden sind infolge unserer Ueberzeugung, und es auch nicht können, wo wir aber sagen, daß wir aus dem Chaos herauskommen. Wenn die Kommunisten und die U. S. gemeinsam mit den Mitgliedern sämtlicher sozialistischer Organe geschickt arbeiten, bin ich der Ueberzeugung, daß die kommende Volksvertretung zwei Drittel von Sozialisten und ein Drittel von Bürgerlichen besetzt sein wird. Dann sind in dieser bremischen Volksvertretung selbstverständlich keine Senatswahlen, sondern sie wird sich einen Rat der Volksbeauftragten an die Spitze stellen, oder eine Exekutive, die ähnlich wie der frühere Senat die Regierungsgeschäfte in die Hände zu nehmen hat. Wir würden teilweise das erreichen, was wir in der sozialistischen Bewegung erreichen würden in der Form des Räte-systems. Und ich habe immer die Hoffnung, daß dieses nur ein Uebergangsstadium sein wird, solange bis das Räte-system auch in anderen Ländern Eingang gefunden hat, so daß wir erneut wiederum daran denken können, eine feste Vertretungsform für das Proletariat zu finden. Aber wir müssen uns entscheiden. Befolgen wir nicht die Zertrümmerungstaktik derjenigen unverantwortlichen Kommunisten, die das ökonomische Staatsgetriebe nicht durchschauen, sondern machen wir praktische Politik und hüpfen wir zwei Schritte zurück und führen die Volksvertretung ein, und wenn wir geschickt operieren, müssen wir die Mehrheit zu Zweidrittel haben und können uns unseren Staat so zurecht zimmern, daß die

Arbeiterschaft sich einigermaßen wohllich fühlen kann. Es ist bedauerlich, daß wir auf diesen Standpunkt angelangt sind. Aber die Verhältnisse haben uns dazu getrieben. Ich bin der Meinung, die Kommunisten sollten sich überzeugen, genau so, wie wir es getan haben. Es wäre politisch nicht klug von meinem Standpunkte aus betrachtet, wenn die Kommunisten sich zurückziehen, Gewehr bei Fuß stehen und sagen würden, die Arbeit macht ihr selbst. Gewiß, wenn sie das tun, haben sie keine Verantwortung zu übernehmen, was kommt. Aber etwas Mut sollte man auch zeigen, und denjenigen Genossen, die noch nicht über den Organismus nachgedacht haben, wie er ökonomisch betrieben werden muß, ist zu empfehlen, wenn man das auf legalem Wege nicht erreichen kann, was man sich zum Ziele gesetzt hat, eine andere Vertretung zu schaffen. Oder man stellt sich auf den anarchistischen Standpunkt und macht diese Zertrümmerungstaktik mit. Würden wir unseren Antrag hier im Plenum nicht empfehlen, was würde geschehen? Es würden keine Lohnzahlungen erfolgen können, aus dem einfachen Grunde, weil die bremischen Unternehmer von der Generalkasse kein Geld bekommen würden. Wie sieht die Rehrseite aus? So, daß die Arbeiter, wenn sie kein Geld bekommen für ihre Ware Arbeitskraft, die sie dem Unternehmer verkauft haben, politisch nicht geschult, nicht organisiert und diszipliniert und dazu bewaffnet sind, anfangen zu rauben und zu plündern. Es wird jetzt leider genau so geplündert wie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es hat sich auf diesem Gebiete leider trotz der Bewaffnung des Proletariats nicht viel geändert. Die Räuber und Einbrecher haben eine gewisse Geschicklichkeit, sich dem Gesetze zu entziehen, trotzdem wir eine Proklamation erlassen haben, die Räuber und Plünderer standrechtlich abzurteilen, kommt es immer wieder vor. Aber alle diejenigen Arbeiter, die keine Räuber und Plünderer sind, würden zur Selbsthilfe greifen, und es würde eine Zerstörung des bremischen Staates stattfinden, die wir bedauern würden, auch die Kommunisten, die man die individuellen Kommunisten nennen kann. Ich will bemerken, daß nicht alle Kommunisten einverstanden sind mit der Taktik vieler Kommunisten. Ich bin der Meinung, das sind keine Heuchler, die sich herstellen und sagen, wir wissen nichts davon. Ich halte sie für ehrliche Genossen. Genau so verhält es sich in einem anderen Falle. Es hat sich ein Zentralkomitee gebildet. Was sind das für Leute? Von der Organisation sind sie nicht eingesetzt. Es sollen zehn von der U. S. P. und zehn von den F. K. sein. Jetzt stellt sich heraus, daß zehn U. S. nicht dabei sind. Es sind Leute, die sich ohne Verantwortung als Zentralkomitee konstituiert haben und nun einen Streit inszenieren wollen, um die Folgen sich nicht bekümmern, die entstehen. Wir sollten sagen, wenn Ihr Arbeiter streiken wollt, gut, aber Ihr könnt die Streiktage nicht bezahlt bekommen. Da sollten die

jenigen Leute, die ein Streikkomitee bilden, die Arbeiter aufklären, daß keine Bezahlung erfolgt. Mögen sie streiken, wenn sie es für irgend ein Ziel notwendig haben. Man sollte jene unaufgeklärten Arbeiter aufklären, damit keine Antipathie der Arbeiter gegeneinander besteht. Was weiter. Wenn wir nicht auf diesem Gebiete das machen, was wir ihnen schweren Herzens empfehlen, die sogenannte Volksvertretung einzuführen, zu der alle, die 20 Jahre alt sind, männlichen und weiblichen Geschlechts wählen können; die Folge wird sein, daß wir unsere Arbeitslosenunterstützung nicht werden ausbezahlen können. Gestern war der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses auf dem Bureau und hat erklärt, die 400 000 M., die jetzt nachzahlen sind, können wir nicht nachbezahlen, weil kein Geld dafür da ist. Wir sollen vom Rat der Volksbeauftragten eine Proklamation in der Zeitung erlassen und die Arbeiter trösten, daß sie in 8 bis 14 Tagen das Geld erhalten werden. Man könnte noch verschiedene andere Argumente anführen, die uns zwingen, gegen unsere Ueberzeugung zu handeln, weil die Verhältnisse stärker sind als wir. Denken wir daran, daß wir im Reiche eine Schlappe erlitten haben; hätten wir die nicht, dann würde die Frage eine andere sein. Aber weil wir eine Niederlage im Reiche erlitten haben, sind wir leider gezwungen, zwei Schritte zurückzutreten. Ich bitte Sie, im Interesse der sozialistischen Republik den Vorschlag des Rates der Volksbeauftragten einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Dannert: Parteigenossen! Der Generalstreik ist von Braunschweig durch Kuriere über ganz Deutschland proklamiert. Es waren Kuriere hier in Bremen, auch in Westfalen, dem Rheinlande, Hessen, Schlesien usw., und die Vertrauensleute der kommunistischen Partei schlossen sich der Parole an und beschloßen, Fühlung zu nehmen mit den Vertrauensleuten der U. S. P. Wenn die U. S. P. nicht als Organisation den Streik mitmacht, haben die Vertrauensleute der kommunistischen Partei nicht schuld. Sie schlossen sich als eigene Partei der braunschweigischen Parole an und damit ist diese Sache aus der Welt geschafft. Es muß jedem überlassen bleiben, ob er sich der Streikparole anschließen will oder nicht. (Mit Waffen ist man für den Streik tätig gewesen.) Es ist mir nicht bekannt, daß die Leute mit Waffen aus den Betrieben herausgetrieben sind. (Zwischenrufe.)

Was die Konstituante für Bremen betrifft, so haben wir erkannt, daß wir eine Position genommen haben, zu der es noch zu früh war. Eine Position haben wir genommen, zu der es nicht zu früh gewesen wäre, wenn in Berlin und im Reiche die Dinge günstiger gekommen wären. Das ist klar. Und aus dieser Rücksicht heraus haben die Genossen sich entschlossen, diese Position zu nehmen. Das Kapital ist im übrigen Deutschland mächtiger als wir, und es erdroßelt auf Grund seiner Kapitalmacht unser Räteystem. Daher,

Genossen, nicht das Räteystem an sich — das ist in der Entwicklung, wir haben es kaum —, aber der Apparat, den man sich in Bremen gebildet hat, um das Räteystem ausbauen zu können, ist in Gefahr. Es ist nicht richtig, was Künkler gesagt hat, es wäre keine politische Forderung des Kapitals. Es ist offenbar eine politische Forderung, wenn auch vielleicht nicht bewußt. Ich sage aber, es ist bewußt. Da handelt das Kapital im kapitalistischen Interesse, und damit vertritt es unbedingt eine politische Forderung und eine politische Macht. Wir haben die Position zu früh genommen und können sie nicht halten. Man hat sich im Rate der Volksbeauftragten entschlossen, einen Ausweg zu finden. Es wurde vorgeschlagen, S. und B. wieder einzusetzen. Das wurde nicht beliebt. Man hat sich geeinigt auf die Konstituante, und da muß ich sagen für meine Freunde aus der kommunistischen Partei, dagegen sind wir machtlos. Es sind so gewaltige Dinge, die uns als Machtfaktoren entgegengetreten sind, daß man im Augenblick zur absolutesten Passivität verurteilt ist. Wir sagen, wir sind zu schwach, dann mag die Konstituante kommen, aber wir sagen uns, die werden wir von vornherein bekämpfen müssen und werden sie von vornherein nicht anerkennen. Und hier unterscheiden wir uns von einem großen Teile der Genossen der U. S. P., wie Dr. Künkler gestern ausgeführt hat, die diese Konstituante als das eigentliche Ziel der Revolution proklamiert haben wollen. Ich weiß, daß ein großer Teil der U. S. P. nicht dieser Meinung ist, sondern mit uns meint, daß die Konstituante bekämpft werden muß, weil das Proletariat auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie seine Interessen nicht wird vertreten können. Zu der Abstimmung sind zwei Stimmen dagegen gewesen, Jörn und Becker, zwei haben sich der Stimme enthalten, Bäumer und ich, aber nicht enthalten, um hier einen Rückzug zu machen, nein, aus dem Bewußtsein der absolutesten Machtlosigkeit heraus. Es war uns gleich, dafür oder dagegen. Wir sind machtlos gegen den Gang der Dinge, und es ist wirklich egal, wie abgestimmt wird. Das sind die Gründe für die Stimmenthaltung, es war nicht etwa, um eine Verschleierung stattfinden zu lassen.

Die Fraktion hat einstimmig beschlossen, in der Bollstimmung gegen die Konstituante zu stimmen. Ich sage, damit Klarheit herrsche: diese Abstimmung muß uns natürlich im Rat der Volksbeauftragten desavouieren, insoweit wir dort machtlos den Dingen gegenüberstanden. Die Fraktion hat eben anders entschieden, als wir im Rat der Volksbeauftragten beschlossen haben. Wenn sie entschieden hat, daß sie gegen die Konstituante ist, und der Antrag auf die Wahlen zur Konstituante doch angenommen wird, so wird die Arbeiterchaft in Bremen gezwungen, eine Position wieder aufzugeben, die sich nicht halten läßt. Wir müssen erklären, daß Bäumer, Jannack und ich im Rat der Volksbeauftragten im Augenblick nicht bleiben können. Wir können nicht gezwungen werden, für das Bürgertum eine Konstituante

auszuarbeiten und die Wahlen dafür auszusprechen. Das können wir nicht verantworten. Ich muß darum erklären, daß wir aus dem Rat der Volksbeauftragten zurücktreten. Noch aus einem anderen Grund müssen wir das tun. Ueber die Vorgänge, die sich gestern in Bremen abgepielt haben, sind wir nicht unterrichtet gewesen. Es schadet an sich nichts, wenn wir darüber vorher nicht unterrichtet waren, und darum würden wir nicht zurücktreten. Daß wir aber für diese Vorgänge die ganze Verantwortung tragen sollen, das halte ich für deplaziert, nicht am Platze in Anbetracht der politischen Lage, in der sich das bremische Proletariat befindet. Und auch dies ist ein Grund dafür, daß wir unsere Position, die Position der kommunistischen Partei im Rat der Volksbeauftragten aufgeben müssen. Dabei sind wir aber gewillt, sonst geschlossen an der Seite der U. S. P. weiter zu arbeiten. Es wird die Zeit kommen, wo wir diesen Zwiespalt nicht haben werden. Wir werden also in den Kampf gegen die Reaktion nicht stolpern, sondern gemeinsam mit der U. S. P. die Position nehmen und dauernd halten können.

Klawitter: Genossen! Vor dem jetzigen Zustande waren die Kommunisten diejenigen, die mit den von uns gewählten Regierungsvertretern neben Senatoren in Deputationen die Verwaltung der bremischen Geschäfte wahrnahmen. Da tauchte auf einmal der Gedanke auf: das muß geändert werden, wir müssen Kommissariate einrichten, es müssen die Senatoren beiseite geschafft werden. In der Sitzung, wo dies angeregt wurde und wo die Einteilung vorgenommen wurde, habe ich gesagt: das mache ich nicht mit. Ich habe dann die Sitzung verlassen. Ich stand auf dem Standpunkt: wir wollen da nicht von uns aus eingreifen, sondern die Sache an uns herankommen lassen. Man ist dem nicht gefolgt, man hat diejenigen, auf Grund deren Teilnahme wir noch Kredit hatten, beseitigt. Und heute stehen wir vor der Tatsache, daß wir am Ende unseres Lateins sind. Der Gedanke, Kommissariate einzurichten, ist von kommunistischen Mitgliedern ausgegangen. Ich bin in der Sitzung nicht gewesen, als darüber beschlossen wurde, und will nur anführen, daß die Sache von der Seite ausgegangen ist, die prinzipiell die Richtung beibehalten will, nicht nach rechts und nicht nach links zu sehen. Wir sehen jetzt, wohin das führt. Nun aber, wo es soweit ist, da läßt man ein Programm los, wodurch die Nationalversammlung für Bremen einberufen werden soll. Man setzt das Programm in die Welt und sagt dann, wie Dannert: „Nun treten wir aus“! (Zuruf: à la Henke!) Erst werden auf Betreiben von Dannert und Ertinger die Kommissariate eingeführt, an allen Anschlagssäulen und in allen Blättern erscheinen Anzeigen, unterschrieben mit ihren Namen, dann treten die Folgen ein, und nun sagen sie: „Macht die Geschichte allein!“ Wir werden sagen — (Zurufe: Zur Sache! Zur Sache!)

Wenn das nicht zur Sache ist, weiß ich nicht, was zur Sache gehört. So liegt es mit der Mitarbeit der Genossen von der kommunistischen Seite. Dannert sagt: „Das, was vorgegangen ist, diese Aktion war zu früh, wir können das nicht durchhalten“. Ja, sie war zu früh. Das hätten sie aber früher einsehen sollen! Als wir gesehen haben, wie die Sache in Cuxhaven und Berlin lief, da hätte man in Bremen klüger sein sollen, da hätte man sich sagen sollen: wir können nicht mit den Kopf durch die Wand. Aber was macht ihr? Ihr fordert zum Generalstreik auf. Drei Flugblätter sind herausgegeben. Das erste ist unterzeichnet von dem kommunistischen Streikkomitee, das zweite vom Zentral-Streikkomitee, das dritte ebenfalls vom Zentral-Streikkomitee. Im zweiten Flugblatt heißt es in der Mitte:

Auf zum Massenstreik! Euch Bremer Arbeiter will das Finanzkapital erdroffeln, indem es Euch die Kredite entziehen will. Dreht die Waffe um und entzieht dem Kapital Eure Arbeitskraft, und es wird an seinem Papiergeld ersticken. Eure Arbeitsverweigerung ist der Tod des Kapitalismus.

Es ist nicht gesagt, wer das Zentral-Streikkomitee eigentlich ist, wer dahinter steht. Ich habe beim Vorstande angefragt, ob er dabei beteiligt sei. Das war schon am Sonntag. Ich habe bei den Vertretern der Kommunisten in der Regierung angefragt: „Seht ihr nicht ein, daß es in Bremen so nicht weiter gehen kann“? Wir müssen jetzt dem Kapital Folge leisten, müssen darauf eingehen, was von uns verlangt wird. Sie sagten auch: „Wir können kein Geld schaffen“. Und in demselben Augenblick, wo von den Führern der Kommunisten das erklärt wird, gehen unverantwortliche Leute so vor und machen Putzsch! Kann es so etwas geben? Das ist doch unmöglich. Können wir denn arbeiten mit den Leuten in der Regierung, wenn unverantwortliche Stellen so eigenmächtig vorgehen? Da ist doch kein Arbeiten möglich, da ist es doch nicht möglich, irgend etwas zu tun, wenn Vertreter der Kommunisten Beschlüsse fassen und solche Unverantwortlichen machen einen Strich dadurch und blauen den Arbeitern etwas vor. Das geht einfach nicht.

Dann möchte ich noch auf eins eingehen. Genosse Opfermann sagte, es wäre nicht nötig gewesen, daß ich gegen Föhrn so vorgegangen bin. Es ist aber doch nötig gewesen, und jetzt kann ich das beweisen. Gestern abend hat Föhrn hier gesagt, er werde selbstverständlich sein Amt niederlegen. Als wir nach der Besprechung in der Fraktion hier wieder zusammen kamen, wurden drei Forderungen aufgestellt. Eine der Forderungen lautete, daß Föhrn auf Ersuchen der Kommunisten zurücktreten müsse. Genosse Brodmerkel hat dann später, nachdem auch Föhrn gesprochen hatte, bei Verlesung der drei Forderungen gesagt, diese Forderung sei erledigt, da Föhrn zurückgetreten sei. Heute morgen

wurde mir nun mitgeteilt, daß Jörn einfach seinen Posten weiter versieht, (Hört, hört!) widerrechtlich den Stempel benutzt hat und so schlau ist, seinen Namen so hinzuschreiben, daß er nicht zu lesen ist. Als Jörn darüber befragt wurde, erwiderte er, über diese Forderung sei ja nicht abgestimmt. (Hört, hört!) Das wagt der Mensch zu sagen! Ist das ein Mensch, der würdig ist, an eurer Spitze zu stehen? Da müßt ihr doch dafür sorgen, daß er zur Seite gestellt wird! Es geht doch auf keinen Fall, daß er hier bleibt. Ihr seid es eurem eigenen Ehrgefühl schuldig, ihn so bald wie möglich nach Rienburg zurückzuschicken, damit er hier nicht weiter Unheil anrichtet. Gestern hat er sich hier hingestellt und gesagt — ich habe mir das Stenogramm geben lassen —:

Aber vielleicht ist es doch ratsam, daß ich eine kurze Erklärung abgebe. Die heutige Aktion ist nicht ausgegangen aus meinem Arbeitszimmer, sondern den Gehirnen des revolutionären Proletariats. Diese Aktion verfolgt den Zweck, unserer Bourgeoisie wieder einmal zu zeigen, daß das Proletariat noch nicht eingeschlafen ist.

Nun bedenken Sie: Freitag und Sonnabend wurde gestreikt, Sonntag und Montag war das Proletariat auf den Straßen! Und da spricht der Mensch am Montag davon, es müsse dafür gesorgt werden, daß das Proletariat nicht einschläft. Ob das nicht hinverbrannt ist? Er weiß nicht, was er sagt.

Vorsj.: Die Streiksache ist erledigt, auch die Angelegenheit Jörn. Ich bitte, bei der Tagesordnung zu bleiben.

Klawitter: Meine Worte waren wohl am Platze. Da Genosse Dpfermann gesagt hatte, ich hätte mich über den Antrag zu entscheiden. Aber so darf es nicht weiter gehen.

Was die Sache selber anbetrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt des Genossen Frasnkiwicz, daß uns die Reichstagswahlen schon gezeigt haben, wer die Mehrheit in Bremen hat. Wir werden auch durch die Abstimmung zu dieser Versammlung die Mehrheit bekommen, so daß wir die Sachen dreheln können, wie die Arbeiter darüber befinden. Also auch ich möchte Sie bitten, ziehen Sie die Konsequenzen aus der Lage. Sie, Genossen von der kommunistischen Partei, ziehen sich zurück, indem Sie sagen: Wir sind nicht dafür gewesen. Den Standpunkt kann ich nicht begreifen und nicht teilen. Ueberlegen Sie es sich noch einmal. Es geht nicht anders, wir müssen den Antrag annehmen, und es geht nicht an, die Verantwortung ganz auf die andere Seite zu schieben.

V i n d a u: Dannat hat erklärt, daß er und seine Freunde unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr der Regierung angehören könnten. Es ist ja dankens-

wert, daß die Partei die nötigen Konsequenzen ihres Schrittes ziehen will. Auch die Fraktion der U. S. P. hat sich mit der Frage beschäftigt, ob es nicht unter den gegebenen Verhältnissen ratsam sei, die Mitglieder der U. S. P. aus der Regierung austreten zu lassen. Aber wir haben mit Recht beschlossen, das nicht zu tun, sondern im Interesse der proletarischen Revolution dort zu bleiben. Es würde ein Armutszeugnis darstellen, jetzt, nachdem die Karre in den Dreck gefahren ist, nun auf diese Weise Deckung zu suchen, nicht konsequent zu bleiben, sondern davonzugehen wie ein gekränktes Kindermädchen. Wir bleiben auf dem Posten, um im Interesse der proletarischen Revolution zu retten, was noch zu retten ist.

Was den Streik anbetrifft, so hat Genosse Dannert gesagt, daß es jedem Arbeiter freistehe, ob er streiken wolle oder nicht. Ich möchte nun feststellen, daß bewaffnete Arbeiter in die „Bürger-Zeitung“ eingedrungen sind, um den Betrieb lahmzulegen; daß bewaffnete Arbeiter in die Petroleumraffinerie Korff eingedrungen sind und die Einstellung der Arbeit erzwungen haben. Soeben wird mir mitgeteilt, daß bewaffnete Arbeiter auch in das Postamt I eingedrungen sind und die Einstellung des Betriebes erzwungen haben. Wenn das in Bremen möglich ist, dann frage ich: Was ist dann nicht mehr möglich? Hier wird eben gesagt, jedem Arbeiter solle es freistehen, darüber zu entscheiden, ob er streiken will oder nicht, und zur selben Zeit werden viele Betriebe stillgelegt und die Arbeiter dadurch zum Streik gezwungen. Das muß sofort aufhören. Hinzukommt, daß die Vertrauensleute der U. S. P. gesagt haben: Wir beteiligen uns am Streik nicht und zwar darum nicht, weil wir schon spontan als erste in Deutschland in einen Sympathiestreik eingetreten sind; wir haben dadurch unsere Verehrung für die gemeinsten Führer Liebknecht und Rosa Luxemburg gezeigt und ein Veto gegen die Regierung Ebert-Scheidemann eingelegt. Die Zentralkommission der U. S. P. in Berlin hat uns auch auf unsere Anfrage mitgeteilt, daß aus diesem Grunde, da wir in Bremen schon 1½ Tage gestreikt hätten, absolut keine Ursache vorliege, die Menge nochmals in einen Streik hineinzujagen, zumal die Arbeiter nicht wissen, woher sie das Geld für solche Sachen nehmen sollen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Zentralkomitee — es besteht doch auch aus Leuten unserer Partei, aus Vertrauensleuten — mit bewußten Unwahrheiten, mit unwahren Tatsachen den Arbeitern nahe treten wollte, um sie zum Streik zu veranlassen.

Dann die Frage der Konstituante. Wir haben gestern abend schon lange darüber beraten. Es wird uns in Bremen nichts anderes übrig bleiben, als in den sauren Apfel zu beißen. Tun wir es nicht, so bekommen die Arbeiter kein Geld, und für Papiergeld kommt auch nicht ein Stückchen Brot mehr nach Bremen

und Bremen muß dann sehen, wie es mit seinen schon jetzt fargen Vorräten auskommt. Wir müssen wieder Kredit haben und darum unsere Zustimmung zu den Wahlen geben. Diesen Wahlen können wir ganz ruhig entgegensehen. Wir haben gesehen, daß am Sonntag für die Listen der U. S. P. und der Mehrheitssozialisten in Bremen zirka 95 000 Stimmen abgegeben sind. Rechnen wir zu diesen noch zirka 15 000 Stimmen der Kommunisten hinzu, die sich der Wahl enthalten haben, so ergeben sich 109 000 sozialdemokratische Stimmen. Dem gegenüber sind 65 000 bürgerliche Stimmen abgegeben, so daß sich eine glatte Mehrheit für uns von 2:1 ergibt. Angesichts dieser Tatsache dürfen wir darauf rechnen, daß wir auch bei den Wahlen zur bremischen Konstituante die Mehrheit erhalten werden, daß wir also die Wahlen gar nicht zu scheuen haben. Nehmen Sie den Antrag an!

Bögeding: Werte Parteigenossen! Als ich nach Bremen gekommen bin, habe ich mir gleich gesagt, daß hier der Wagen auf ein totes Gleis gefahren war, aus dem er nicht leicht fortzubringen ist. Ich habe mir aber gesagt, daß ich als Sozialdemokrat verpflichtet bin, jederzeit für die Interessen des werktätigen Volkes zu kämpfen, auch unter den allerschwersten Umständen. Darum war ich auch bereit, in der Organisation an dem Posten eifrig mitzuwirken, wohin ich von der Arbeiterschaft gestellt wurde. Nun aber muß ich doch sagen: wir müssen untersuchen, was uns dazu geführt hat, daß wir heute vor der Tatsache stehen, einfach kapitulieren zu müssen vor dem Finanzkapital. Da muß ich nun der Linken sagen, daß ich sie vor allem für schuldig halte und ihr die Verantwortung zuschiebe, in unverantwortlicher Weise mit den Interessen des werktätigen Proletariats Schindluder getrieben zu haben, indem sie eine Politik hier in Bremen einführen wollte, durch die niemals das Proletariat zum Siege gelangen kann. Das muß in diesem Saale offen ausgesprochen werden. Ich muß sagen: es trennt uns viel von der Rechten, aber ebensoviel von der Linken, die den Terror auf ihre Fahne geschrieben hat, wie er in Bremen propagiert wird. (Zuruf.) Wenn mir zugerufen wird, daß ich Mehrheitssozialist sei, so trifft das nicht zu. Ich bin der Meinung, daß wir heute noch nicht in der Lage sind, mittels des Terrors etwas durchzusetzen. Ich darf dank meiner langjährigen Erfahrungen sagen, daß es notwendig ist, über die Demokratie zum Sozialismus zu kommen. Diesen Standpunkt habe ich stets innegehalten und will ihn auch hier zum Ausdruck bringen. Der hindert uns durchaus nicht, daß wir nach wie vor alle Mittel anwenden müssen, um an das Ziel zu kommen, um durch das Demokraten-tum die proletarische Republik zu erreichen. Wir dürfen dabei aber nicht den Kopf verlieren, dürfen keine Torheiten begehen, sondern müssen aus den heutigen Verhältnissen soviel nur geht herauszuholen suchen, sei es von rechts oder von links. Wir sind

verpflichtet, das zu tun, im Interesse der Bevölkerung, des werktätigen Volkes.

Dannert: Parteigenossen! Es ist vom Terror gesprochen — ich glaube, es war Fraunkiewicz. Es war aber nicht wesentlich, was er gesagt hat (Zuruf: Wie meistens!) Wenn die kommunistische Partei auf dem Boden steht, daß sie dem Proletariat zu Gunsten arbeiten will durch Hilfe der Diktatur des Proletariats, so ist das kein Terror. (Zurufe.) Ich möchte bitten, etwas mehr zu lernen, ehe man Worte gebraucht, die nicht am Plage sind. Der Kapitalismus zeigt uns die Diktatur des Kapitals, und er zeigt uns, wie man siegt mit Hilfe seiner Kapitaldiktatur. Die bürgerliche Demokratie stellt der Sozialdemokratie mit Hilfe der Kapitaldiktatur ein Ultimatum — und siegt. Das können wir nicht. Bögeding ist bereit, mit den Mehrheitssozialisten Arm in Arm zu gehen. Da können wir nicht mit ihm gehen. Unsere Genossen von der Arbeiterschaft sind durch die Verhältnisse gezwungen, die Mehrheitssozialisten aufs Schärfste als ihre Feinde zu bekämpfen, da die Mehrheitssozialisten in Deutschland jetzt Seite an Seite mit dem Großkapital, mit der Weißen Garde und mit Hindenburg stehen. Das Proletariat hat die Pflicht, die Bluttaten und Schandlichkeiten zu bekämpfen und wenn versucht wird, auch in Bremen eine Mehrheit dieser Art zu bilden, so kann das unsere Partei nicht mitmachen.

Vors.: Brauckmüller stellt zur Geschäftsordnung den Antrag auf Schluß der Debatte.

Brauckmüller: Ich glaube, die Ausführungen von beiden Seiten haben uns genügend darüber aufgeklärt, wie wir zu dem Antrage stehen, den der Rat der Volksbeauftragten gestellt hat. Ich habe aus diesem Grunde den Schlußantrag gestellt und möchte bitten, ihn anzunehmen.

Vors.: Wünscht jemand gegen den Antrag zu sprechen?

Manthei: Genossen! Wir stehen vor einer ganz wichtigen Entscheidung und ich darf annehmen, daß alles, was gesagt ist, doch noch nicht genügend beigetragen hat, um alle diejenigen zu überzeugen, die sich noch nicht klar darüber sind, ob wir die Wahlen zur Konstituante bewilligen oder prinzipiell ablehnen sollen. Ich bitte, den Schlußantrag nicht anzunehmen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Vors.: Es liegt dann noch vor ein Antrag Kaiser auf schriftliche Abstimmung mit Stimmzetteln, die auf Ja und Nein lauten. (Zuruf: Namentliche Abstimmung!) und ein weiterer Antrag Fraunkiewicz: Die kommunistische Fraktion zieht sich vor der Abstimmung auf zehn Minuten zurück.

Brauckmüller: Ich bitte, die Beschlußfassung auszusprechen. Es handelt sich um die Frage, ob die

Kommunisten vollständig aus der Regierung ausscheiden oder ob nur einige Mitglieder das tun wollen. Es wird notwendig sein, daß die beiden Fraktionen dazu noch Stellung nehmen. Ich glaube nicht, daß alle Genossen die Lage übersehen.

Zur Geschäftsordnung Dannat: Ich glaube, der Genosse Brauckmüller hat kein Interesse an einer solchen Besprechung, da er keiner Fraktion angehört.

Sagedorn: Ich will keine lange Ausführungen mehr machen. Durch die Debatte hat sich manches für und manches Wider ergeben. Es sind in die Debatte scharfe Ausdrücke hineingetragen worden, die ich selbst nicht gewünscht habe; denn ich habe mich bemüht, objektiv Bericht zu erstatten. Aber aus der Debatte kann man als erfreuliches herauschälen, daß die Kommunisten heute und auch gestern dazu übergegangen sind, sich diese Elemente vom Hals zu schaffen, die in unverantwortlicher Weise gegen die jetzige Regierung Sturm laufen. Wenn z. B. gesagt worden ist, daß nun sofort der Arbeiter- und Soldatenrat hier verschwinden würde mit unserm Beschluß, Wahlen zur bremischen Nationalversammlung stattfinden zu lassen, so stimmt das doch nicht. Denn der Arbeiter- und Soldatenrat würde erst dann verschwinden, wenn die in Bremen gewählte Volksvertretung eine neue Ordnung geschaffen hat. Wenn man glaubt, aus Braunschweig Nahrungsmittel zu bekommen, so ist das doch ein Unding, denn wir wissen doch, daß zwischen Braunschweig und Bremen allenthalben Land liegt und wir wissen auch, daß in Braunschweig die Banken selbständig sind, während die hiesigen Banken zum großen Teil auf ihre Berliner Auftraggeber angewiesen sind. Die Banken geben ohne weiteres zu, daß durch die Zustände hier in Bremen in letzter Zeit sehr viel Geld abgehoben ist und wir müssen verhindern, daß das in demselben Maße weiter geschieht. Und das können wir am besten dadurch, daß wir den Kredit — denn Kredit heißt der Glaube an die bremische Bevölkerung — wieder herstellen und das können wir am besten dadurch, daß wir die Wahlen zur bremischen Volksvertretung auschreiben. Wenn gesagt wird, daß hier einmal eine Kontrollkommission der Banken eingesetzt werden soll, um die Gelder zu kontrollieren, so kann doch auf der andern Seite die Forderung aufgestellt werden, daß wir unsererseits auch die Gelder kontrollieren, die von den Banken ausgegeben werden.

Noch ein paar Worte zur Wahl selbst. Werden die Wahlen in Bremen vorgenommen, so wird sicherlich eine große Mehrheit sozialdemokratischer Stimmen vorhanden sein. Für mich besteht kein Zweifel darüber, daß die Mehrheitssozialisten, die den Ausschlag geben werden, sich nicht ans Bürgertum anlehnen werden, denn in dem Augenblick, wo sie das täten, wären sie fertig, hätten sie bei der bremischen Arbeiterschaft aus-

gespielt. Auf der andern Seite müssen wir uns doch klar werden, daß die Diktatur, die wir eingesetzt haben, nur von einem geringen Teil der Bevölkerung getragen wird und daß sie deshalb auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Es ist einfach unmöglich, daß wir einem Volke, das nach Freiheit ringt, unsere Diktatur aufzwingen können. Mag das Volk den falschen Glauben haben, daß ihm hier etwas aufgezwungen wird, — daß dieser Glaube falsch ist, das ist meine Ueberzeugung — so hat es nun einmal zu einem großen Teil diesen Glauben. Es ist von dem Genossen Wahl gesagt worden, daß das Kommissariat für Steuer- und Finanzwesen in etwas rücksichtsloserer Weise den Bankdirektoren und Finanzherren gegenüber treten müsse. Da muß ich aber doch sagen, daß sie zuerst ihren eigenen Parteigenossen, der der Leiter des Kommissariats ist, fragen sollten, warum er es für notwendig gehalten hat, mich bis zum letzten Augenblick über die Finanzen unaufgeklärt zu lassen, trotz Aufforderung und warum derselbe Genosse mir am Sonnabend vormittag, um 1/2 10 Uhr, telephonieren ließ, daß er krank wäre, wo ich um 10 Uhr die Sitzung mit den Bankdirektoren haben sollte, zu der ich ganz unvorbereitet war. Das geht einfach nicht an. Und soeben höre ich, daß er sich in der Wirtschaft aufhält. Ich habe sicherlich nicht gewünscht, daß es so kommen möge. Und wenn es sich lediglich darum handelte, den Banken heute gegenüber zu treten, dann würde ich dabei sein. Aber es steht mehr auf dem Spiele: die Ernährungs- und Kohlenbeschwerden. Es kommt noch eins hinzu, wenn wir so weiter fortfahren, daß die Beamtschaft erklärt, daß sie einfach streiken wird. Und dann sitzen wir fest. Ja, Genossen, ich kenne meine Leute aus dem Bureaufach. Man braucht sonst von ihnen nicht viel zu halten, aber wenn sie auf die Straße kommen, dann liegen unsere Betriebe still. Uns kann es aber doch nur darauf ankommen, daß wir unser Wirtschaftsleben bald wieder aufrichten. Ueberlegen Sie es sich deshalb, stimmen Sie nicht dagegen. Denn es geht nicht an, daß man einen Antrag ablehnt, obgleich man weiß, daß er angenommen wird, und nachher den Genossen, die die Verantwortung dafür tragen, die Hücke voll haut. Und deshalb bitte ich die Kommunisten, die mit mir einverstanden sind, sich für den Antrag zu erklären.

Vors.: Wer für die namentliche Abstimmung ist, den bitte ich anzustehen.

Die namentliche Abstimmung wurde angenommen.

Zur Geschäftsordnung Due: Die streikenden Arbeiter haben mitgeteilt, daß Betriebe geschlossen werden.

Vors.: Das gehört nicht zur Sache. Das launst Du nachher sagen, das hat mit unserem Tagesordnungspunkte nichts zu tun. Es handelt sich jetzt darum, ob wir die Konstituante haben wollen.

Due: Was ich sagen will, gehört hierher.

Vors.: Ich möchte fragen, ob die Kommunistische Partei sich erst zurückziehen will. (Ja.) Dann müssen wir die Sitzung 10 Minuten aussetzen.

Due: Dann ist es zu spät.

Es tritt eine Pause von 11,7 bis 12,10 Uhr ein.

Wiedereröffnung der Sitzung durch den 2. Vorsitzenden Lindau.

Vors.: Sind Erklärungen abzugeben?

Müller: Genossen! Sie werden gestatten, da Ihre Stellung klar ist, daß wir Kommunisten unsere Erklärung zuerst abgeben. Ich spreche im Namen meiner Fraktion. Wir erblicken als wichtigste Aufgabe für die nächste Zukunft, die Revolution zu einer Weltrevolution zu machen. All unser ganzes Handeln werden wir darauf einrichten und uns nur davon bestimmen lassen. Als einzige richtige Regierungsform auf diesem Wege betrachten wir die Arbeiter- und Soldatenräte. Durch den Antrag der Volksbeauftragten werden die Arbeiter- und Soldatenräte für Bremen hinfällig. Aus diesem Grunde stimmen wir geschlossen in der Fraktion gegen den Antrag der Volksbeauftragten und berufen als Fraktion unsere sämtlichen Regierungsmitglieder von der Regierung zurück. (Aha! Hört! Hört! Lachen. Zuruf: Schöner Rückzug!

Brodmerkel hat den den Vorsitz wieder übernommen.

Fraunkiewicz: Bevor wir in die Abstimmung eintreten, habe ich geschäftsordnungsmäßig folgende Erklärung abzugeben: Durch den Einmarsch unberufener Elemente in die Kaserne ist es zu unlieb-samen Ausfritten gekommen. Man hat dort etwas gemacht, was man als moralisch revolutionärer Klassenkämpfer nicht verantworten kann. (Sehr richtig!) Wir sind gezwungen, sofort dagegen einzuschreiten. Die Fraktionsitzung der U. S. P. verlangt, daß sofort einer von den Kommunisten, einer von den U. S. P. und einer von S. R. sofort sich zur Kaserne hinbegeben und dort versuchen sollen, noch einigermaßen das in Ordnung zu bringen, was in Ordnung gebracht werden kann. Ich will es unterlassen, nähere Details anzugeben. Ich erlaube den Genossen Bäumer, mit dem ich gesprochen habe von der kommunistischen Partei, mit mir, der ich von der U. S. P. vertreten sein werde, dorthin zu gehen, und einen vom S. R. zu wählen, der mit uns kommt, um sofort nach der Kaserne hinzugehen. Ferner habe ich im Namen des N. d. V. zu erklären, daß vom N. d. V. als Stadtkommandant Genosse Becker und Drettmann eingesetzt worden sind. Während wir hier in der Vollversammlung tagen, hat sich ein anderer Stadtkommandant dort etabliert. (Hört, hört!) Der Genosse Plettner hat jetzt dort das Amt des Stadtkommandanten übernommen. Ich frage die Kommunistische

Partei, ob sie mit diesem Vorgehen Plettners einverstanden ist? (Zurufe: Nein!) Ob sie den Genossen Plettner in seinem unqualifizierbaren Vorgehen deckt. (Zurufe: Nein!) Ich möchte erfragen, von seiten der Kommunistischen Partei eine Erklärung darüber abzugeben.

Parteigenosse Kommunist Föhr hat heute in einer so unverantwortlichen Weise gearbeitet, er hat bewaffnete Leute nach dem Konsumverein „Vorwärts“ hingeschickt, um Brot zu beschlagnahmen. (Pfiu!) Er hat noch verschiedene andere Sachen gemacht, indem er den Stempel mißbraucht hat als Kommissar seines Kommissariats, um Sachen auszuüben, mit denen sich kein revolutionäres Klassenbewußter Arbeiter einverstanden erklären kann. Ich bin der Ansicht, als ob Elemente in der Kommunistischen Parteiorganisation sind, die ein Kesseltreiben veranstalten, die die Kommunistische Partei als solche nicht mitmachen kann und darf, wenn sie nicht ihren ganzen Kredit unter der Arbeiterschaft verlieren will. Ich möchte die Kommunistische Partei bitten, Remedur zu schaffen. Es geht nicht an, daß Raubgesindel die Oberhand in Bremen erringt. Sonst sind wir gezwungen, mit der äußersten Konsequenz gegen dieses Raubgesindel vorzugehen. (Sehr richtig!) Ein ehrlicher Klassenkämpfer, der auf dem Boden der Revolution steht, der gibt sich nicht zu derartigen Machinationen her, wie sie heute im Laufe des Vormittags geschehen sind. Ich weiß, wir gehen in dieser Hinsicht konform. Wir wollen retten, was wir können. Wir vom N. d. V. stellen den Antrag, wenn wir nicht die Waffengewalt hinter uns, der Regierung, haben, sind wir nicht in der Lage, für Ruhe und Ordnung, wie wir sie und nicht das Bürgertum verstehen, einzutreten. Ich möchte die Kommunistische Partei auffordern, zu erklären, ob sie bereit ist, so weit sie noch Einfluß auf die bewaffnete Macht hat, uns, der Regierung, diese zur Verfügung zu stellen, damit die Partei wenigstens, wenn sie aus der Regierung tritt, die Regierung mit Stützen hilft, oder daß sie klar erkläre, daß sie sich mit dem Gesindel solidarisch erklärt, was ich nicht für möglich halte. Parteigenossen, haben wir nicht die Macht hinter uns, sind wir nicht in der Lage, auch nur eine Stunde weiter die Geschäfte der Regierung in der Hand zu halten, und was dann eintritt, brauche ich ihnen nicht auszumalen. Das weiß ein jeder, der die Psyche dieser unaufgeklärten, unwissenden Masse kennt. Ich möchte Sie bitten, bestimmen Sie den Genossen Bäumer von Ihrer Partei, daß er mit uns zur Kaserne geht und bestätigten oder desavouieren Sie den Genossen Plettner, der sich in unverantwortlicher Weise als Stadtkommandant etabliert hat und dort Geschäfte macht, die Sie auch nicht verantworten können. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunistische Partei den Genossen Föhr, der sich auch in unverantwortlicher Weise benimmt, desavouiert, denn sonst könnte in den nächsten Stunden die weiße Garde nach Bremen kommen,

die hier dann ein Blutbad anrichten wird. Die Schuld wird auf Sie fallen und Sie können nicht sagen, daß die U. S. P. - Leute schuld daran sind; sie wird ein Blutbad anrichten, wie es in ähnlicher Weise in Berlin gewesen ist. Wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, um hinten zu halten, was wir kommen sehen. Wir haben versucht, auf legalem Wege zu arbeiten. Jetzt hindern Sie uns nicht, den Vesuvausbruch einigermaßen zu dämmen, die Schuld fällt auf uns alle. Sie können nicht sagen, wenn Sie heute aus der Regierung austreten, daß Sie unschuldig sind, im Gegenteil!

Bäumer: Ich begreife die Erregung des Genossen Frasunkiewicz; aber ich muß sagen, daß die Art und Weise, wie er seiner Erregung Ausdruck gibt, zum Teil etwas recht reichlich bürgerlich ist. Parteigenossen, wir alle sind uns klar, daß ein Volk im Zustande der Revolution nicht über derartige Ordnung verfügen kann, wie sie im Interesse der ganzen Bewegung vielleicht beansprucht werden dürfte. Ich möchte einige Worte an die Galerie richten. Es ist nicht in der Ordnung, wenn hier übereifrige Worte fallen, in einer derartigen Weise dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich um ernstere Dinge, als um eine Volksrede, der man applaudiert oder seine Mißbilligung ausdrückt. Parteigenossen, es ist selbstverständlich, daß wir das Vorgehen dieser Elemente, wie es bereits in verschiedenen Erklärungen meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht ist, mißbilligen. Ich erinnere Sie an 1914, an diese schleimige Begeisterung, die plötzlich ausbrach, da erfand man das Wort Psychose. Auch wir befinden uns in einer Psychose, allerdings in einer Revolutionspsychose. Es ist wichtig im Interesse der Bewegung, in Bremen, darüber sind wir uns klar, nachdem die ganze Bewegung im Reiche niedergeknüppelt worden ist, daß wir verlorene Posten aufgeben und daß wir nicht zulassen können, daß diese unverantwortlichen Elemente, die politisch nicht aufgeklärt sind, mit ihrem radikalen Aktivismus ohne Rücksicht auf die Folgen weiter arbeiten. Und infolgedessen bitte ich die Fraktion zu bestimmen, daß ich mit dem Genossen Frasunkiewicz und einem Genossen vom S. R. zur Kaserne gehen kann und soweit die Möglichkeit besteht, dort Ordnung schaffe. Ich bin mir klar, daß nicht allein diese unverantwortlichen Führer, sondern ein großer Teil der politisch unaufgeklärten Arbeiterschaft sich dieser Aktion verpflichtet hat, deren Konsequenz sie nicht übersieht. Es ist festgestellt, daß sich auf dieser Seite auch U. S. befinden. Es ist nicht lediglich Sache unserer Köpfe, wenn sie sich an die Spitze gestellt haben, es ist eine Sache der bremischen Arbeiterschaft, und ich finde es auch von Frasunkiewicz nicht richtig, wenn er plötzlich einen Parteistandpunkt proklamiert, der verdächtig bürgerlich aussieht.

Vorsitzender: Ich möchte bloß sagen, daß uns von der Streikbewegung und den Vorgängen in der Kaserne nichts bekannt ist, wir werden in einer

Vertrauensmännerversammlung, soweit wir sie zusammenbringen können, dazu Stellung nehmen. Ich möchte erklären, daß ein großer Teil der Vertrauensleute der Betriebe nicht hier sind und daß wir nicht den Standpunkt des Streikkomitees vertreten. Wir werden dazu Stellung nehmen und den unverantwortlichen Personen unsere Meinung sagen. Was gesagt worden ist von Plettner, daß er sich als Stadtkommandant etabliert hat — ja, als ich das gehört habe, bin ich hinübergegangen und habe niemand gesehen. Ich habe gefragt, ob Plettner hier gewesen sei. Da wurde gesagt: Nein! (Zurufe). Ich glaube, es werden manche Gerüchte in die Welt gesetzt, die ebenfalls unverantwortlich sind. (Zuruf: Er hat Unterschriften gegeben! Rietschel: und darunter geschrieben: In Ermangelung eines Stempels: Plettner.) Ich glaube, eine derartige Maßnahme kann niemand teilen. Und ich bin überzeugt, daß es unsere Aufgabe ist, daß wir dafür sorgen müssen, daß hinter den Personen, die die Verantwortung für Bremen zu tragen haben, auch die Waffengewalt zu stehen hat.

Henke: Genossen! Ich stimme dem Genossen Bäumer in der Beurteilung dessen, was da draußen vorgeht, vollkommen zu. Ich stimme ebenfalls dem zu, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern, darunter meinetwegen auch Arbeiter von der U. S. P. die Konsequenzen ihres Tuns nicht zu überschauen vermögen. Ich stimme dem ferner zu, daß man darüber als Sozialist sich nicht besonders aufzuregen braucht. Das sind Vorkommnisse, die ich in einer Revolutionszeit naturgemäß gesetzmäßig nennen möchte. Aber ein anderes ist es, um das es sich hier handelt. Wir wollen abstimmen, über eine wichtige Frage, darüber, ob wir eine Volksvertretung einberufen wollen oder nicht. Im Räte der Volksbeauftragten haben die Genossen Janned und Dannert als kommunistische Vertreter an der Sitzung mit den Bankdirektoren teilgenommen, an der ich auch teilnehmen konnte. Später unter uns allein haben sie anerkennen müssen, daß wir uns in einer Situation befinden, aus der es keinen anderen Ausweg gibt, und zwar im Interesse der sozialistischen Republik, als diesen. Daraus folgt eigentlich nach meiner Auffassung, daß sie diese Politik, die daraus folgt, zunächst mitzugehen hätten. Die Kommunisten haben uns durch Dannert sagen lassen: Wir sind der Meinung, daß durch die Volksvertretung das Räteystem erledigt sein wird, soweit es überhaupt vorhanden ist. Dannert hat richtig hinzugefügt, wir haben das Räteystem in Deutschland noch nicht. Es ist in der Bildung begriffen, und ich möchte gleich einem der letzten Redner erwidern, weil es in der Entwicklung begriffen ist, schwindet es auch noch gar nicht mit der Einberufung der Volksvertretung in Bremen. Wir können die Volksvertretung berufen und brauchen das Räteystem nicht außer acht zu lassen. Sodann ist im Räte der Volksbeauftragten gesagt worden, wir wollen

beides mit einander zu verbinden suchen, und ich bin erstaunt, daß die kommunistische Fraktion sagt, wir billigen das einstimmig nicht. Was soll das heißen? Billigen tun wir das auch nicht. Es handelt sich aber darum: Haben eure Leute sich den Verhältnissen fügen müssen mit ihrer Erkenntnis oder nicht? Und wenn ja, dann müssen sie sich alle fügen, da die Verhältnisse stärker sind als wir, ob die Verhältnisse repräsentiert werden durch das Finanzkapital oder nicht, ist gleichgültig.

Hinzu kommt noch eine ganze Anzahl anderer Faktoren, die daneben in Betracht kommen. Aber wenn ich einsehe, daß man sich diesen Verhältnissen fügen muß, wie könnt Ihr sagen: Wir ziehen unsere Räte aus der Volksregierung zurück?! Daraus kann für uns nur folgen, auch wir treten zurück, und was dann folgt, darüber muß man sich klar werden vor der Abstimmung. Wir von der U. S. P. halten den Weg, den wir begehen müssen unter den gegenwärtigen Umständen und den wir allein wählen, um das, was noch besteht, sichern zu können, für den richtigen. Ueber das hinaus geht das, was der Genosse Bäumler in der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten eventuell eingehen wollte, nämlich die Einführung von Senat und Bürgerschaft.

Genosse Bäumler sagte, wir kompromittieren uns durch den Beschluß, und da wäre er dafür, sich radikal zu kompromittieren und Senat und Bürgerschaft wieder einzusetzen. Ich kann nicht soweit gehen. Genosse Bäumler hat ja konsequent gedacht. Aber, Genossen, ich bin doch der Meinung, wenn es nicht nötig ist, Senat und Bürgerschaft wieder einzusetzen, soll man es unterlassen; wenn man etwas mehr retten kann soll man es tun. Wir können mehr retten, dadurch, daß das Parlament auf einer Grundlage gewählt werden soll, die gegenüber den jetzigen Zuständen doch ein schöner Fortschritt ist. Denn das ist doch etwas, das nicht zu bestreiten ist. Ob wir ein sozialistisches Parlament erhalten werden? Ich bin der Meinung, daß es sicher kein bürgerliches Parlament in dem bisherigen Sinne werden wird, daß jedenfalls sovieler Sozialdemokraten darin sein werden, daß ihre Zahl in dem Parlament von großem Einfluß sein wird. Wenn man aber einen Spatz in der Hand hat, so soll man ihn festhalten, ihn aber nicht fliegen lassen und verhungern, weil man einen anderen Vogel, meinetwegen eine Taube haben möchte, womöglich in gebratenem Zustande, die man aber nicht bekommt. Wir müssen zu erreichen und zu halten suchen, was möglich ist, dazu haben wir die Verpflichtung. Und die Verpflichtung haben die Genossen von der kommunistischen Partei mit uns, an dem Erreichten festzuhalten und soviel zu erreichen, als möglich ist. Das Beste aber, das wir im Augenblick erreichen können, ist nach unserer Ueberzeugung die Volksvertretung, wie sie uns durch die Verhältnisse aufgezwungen wird, die das Äußerste darstellt, bis zu dem wir gehen können. Das Mittel sollen wir gebrauchen, diese Volksvertretung annehmen.

Nun aber sagen die Genossen von den Kommunisten: Wir ziehen unsere Vertreter zurück. Das heißt: die Unabhängigen sollen jetzt die Verantwortung tragen für das, was weiter geschieht. Ja, glauben Sie denn, daß wir Schwachköpfe sind? Da muß ich sagen: ich werde die Regierung keinen Tag weiter führen, wenn ich nicht die Zusicherung erhalte, daß alle bewaffneten Arbeiter, die jetzt ein derartiger Machtfaktor sind, daß sie auf der Straße unsere Anordnungen konterkarieren, sich jetzt fest hinter die Regierung stellen. Es ist unmöglich, eine Regierung zu führen, wenn Sie uns zu dieser Zusicherung nicht verhelfen. Ohne eine solche Zusicherung kann ich die Regierung nicht weiter führen. Das schließt nicht eine Opposition gegen die Regierung aus, wenn man der Ueberzeugung ist, daß das Räte-system beibehalten werden muß. Aber, Genossen, wenn wir nicht die bewaffnete Macht hinter uns haben, was für eine Regierung sind wir dann? Dann schweben wir in der Luft, dann machen wir uns lächerlich. So geht es nicht weiter. Wir diskutieren hier, wir sitzen hier stundenlang, und während dessen läuft die Weltgeschichte weiter, und wir können nicht die notwendigsten Arbeiten erledigen. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, und da erklären die Kommunisten: Wir machen nicht mehr mit, sondern wir streifen. Sie können ja tun, was sie wollen, aber sie müssen uns sagen, was sie wollen, wir müssen Klarheit haben. Wir müssen ferner von den Kommunisten hören, nachdem sie noch einmal in ihrer Fraktion beraten haben, ob die bewaffnete Macht hinter uns, hinter der neuen Regierung stehen soll, denn nur, wenn das der Fall ist, können wir die Regierung weiter führen. Nur unter der Bedingung sind wir imstande, die Regierung weiter zu führen. In dieser Hinsicht genügt mir aber nicht die Erklärung Brodmerkel's, sondern ich bitte Euch, faßt in der Fraktion einen Beschluß und laßt uns wissen, wie der Beschluß ausgefallen ist. Fällt er aus in dem Sinne, wie ich jetzt dargelegt habe, so wollen wir versuchen, in der Regierung weiter zu arbeiten, obwohl es mir klar ist, daß uns dann immer noch große Schwierigkeiten bevorstehen werden. Wir werden es aber versuchen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß wir auf diese Weise immer noch etwas retten können von dem, was wir erreichen wollen, während andererseits — der Ueberzeugung bin ich — wenn wir beide aus der Regierung scheiden, nichts gerettet wird, sondern alles zum Teufel geht. Und was das bedeutet, kann sich jeder ausmalen. Also faßt einen Beschluß!

Opferrmann: Was Henke sagt, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß die Kommunisten sich noch ein paar Minuten zurückziehen. Es läßt sich das Für und Wider in einer so wichtigen Angelegenheit hier nicht so gut erledigen, wie in einer Fraktions-sitzung. Ich bin der Meinung, daß in der Angelegenheit noch manche Unklarheit herrscht, und ich für meinen Teil meine, daß unbedingt Klarheit

geschaffen werden muß. So wie Henke die Situation beleuchtet hat, können wir nicht ohne weiteres in dem Sinne wie bisher vorgehen. Wir müssen, wie gesagt, erst volle Klarheit haben, damit wir nicht zu einem falschen Beschluß kommen.

Dann möchte ich den Vorsitzenden bitten, mir in einer anderen Angelegenheit noch einige wenige Worte zu gestatten. Ich möchte die Regierung, die augenblicklich besteht, ersuchen, daß sofort Maßregeln ergriffen werden, daß die Werke, soweit sie noch arbeiten, wieder Strom bekommen. Von den Hansa-Lloydwerken ist mir mitgeteilt, daß man dort den Strom abgeschnitten hat (Sehr gut!), obgleich die Arbeiter dort mit Zweidrittelmehrheit beschlossen haben, weiterzuarbeiten. Wir bringen alle Arbeiter gegen uns auf und das ist zu unseren Ungunsten. Die Regierung muß handeln und darf derartige Machinationen nicht dulden! (Nietschel: Wir können ja nicht handeln! Ihr handelt ja!)

Stoehinger: Parteigenossen! Selbst auf die Gefahr hin, die Disziplin der Fraktion zu brechen, ergreife ich das Wort. Genosse Dannert hat heute morgen auch die Disziplin der Fraktion gebrochen, indem er erklärte, sie würde ihre Mandate in die Hände der Mandatgeber zurücklegen. Die Fraktion hat gestern abend beschlossen, diesen Beschluß nicht zu fassen (Hört! Hört!), sondern sie hat beschlossen, die Mandate vorläufig zu behalten. Heute morgen aber hat Dannert erklärt, daß sie von der Regierung zurücktreten. Ich möchte das vorweg bemerken. Ich glaube aber im Namen meiner Fraktionsfreunde zu sprechen, wenn ich sage, daß wir das Vorgehen der Genossen Föhrn und Plättner aufs entschiedenste verurteilen (Sehr gut!) und daß wir ferner in einer möglichst bald zusammen tretenden Parteiversammlung energisch den Austritt oder den Ausschluß der beiden Genossen aus der Partei der Kommunisten beantragen werden. (Bravo!) Parteigenossen! Ich für meine Person erkläre, daß, wenn die Parteiversammlung diesem Antrage nicht stattgibt — vorausgesetzt, daß zunächst eine Prüfungskommission eingesetzt wird und daß sich die Prüfungskommission dahin entscheidet, daß eine Schuldfrage für Plättner und Föhrn vorliegt, die beiden aber trotzdem in der Partei bleiben —, ich aus der Partei ausscheide. Es werden viele Genossen meiner Fraktion dieser Sache nicht zustimmen können und ihre Schritte in dieser Weise einrichten müssen, daß sie mit Leuten wie Plättner und Föhrn, die so arbeiten, nicht zusammen arbeiten wollen.

Was Henke eben erklärt hat, dieses Moment hatten wir nicht direkt vorgeesehen, wohl aber geahnt, wenn auch nicht alle Mitglieder der Fraktion: daß auch die Unabhängigen eventuell aus der Regierung austreten werden. Deshalb ersuche ich, der Fraktion noch einmal Gelegenheit zu geben, erneut über die Sache zu sprechen. Denn es kann nicht angehen, daß auch die Unabhängigen aus der Regierung austreten. Sie machen uns den

Vorwurf, daß wir Ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt hätten, indem wir verlangten, aus der Regierung auszutreten. Wir sind allerdings der Meinung, daß Sie in der Lage sind, die Regierungsgeschäfte doch noch fortzuführen. Wenn Sie nun aber betonen, daß Sie aus unserem Vorgehen die Konsequenz ziehen und ebenfalls aus der Regierung ausscheiden würden, dann müssen wir uns erneut mit der Frage beschäftigen. (Zuruf: Sonst setzt sich der alte Senat wieder hinauf!) Ich möchte Sie also ersuchen, die Sache noch einmal in einer Fraktionsitzung zu besprechen. Es kann nicht unser Wille gewesen sein, auch Sie von der Regierung auszuschließen oder vielmehr Sie zu veranlassen, aus der Regierung auszutreten. Was wir wollen, ist, daß keine anarchischen Zustände in Bremen eintreten, und die würden die Folge davon sein, wenn auch die Unabhängigen aus der Regierung ausschieden. Wir haben uns von der Auffassung leiten lassen, daß die Unabhängigen wohl in der Lage wären, die Regierungsgeschäfte allein fortzusetzen. Aber Sie betonen ausdrücklich — ich weiß allerdings nicht, ob die Erklärung Henkes für die Fraktion maßgebend ist (Zurufe: Jawohl!) —, daß Ihre Fraktion auch ihre Mitglieder aus der Regierung abberufen wird. (Zurufe: Jawohl!) Da muß die Sache noch einmal besprochen werden.

Notwendig ist, daß das gesamte bewaffnete Proletariat, die gesamte bewaffnete Macht hinter der Regierung steht. Wenn sie nicht hinter der Regierung steht — einerlei, ob die Regierung von den Kommunisten und den Unabhängigen oder von den Unabhängigen allein dargestellt wird —, sind Regierungsgeschäfte unmöglich. Deshalb ist es notwendig, daß sofort, in aller Kürze eine Versammlung der gesamten bewaffneten Macht einberufen wird. (Zuruf: Ist schon geschehen!) Es muß ihnen klargemacht werden, wer ihre vorgesetzte Behörde ist und daß diese Behörde allein Befehle zu erteilen hat. Es geht nicht, wie es heute morgen geschehen ist, daß auf den Befehl irgend eines Mannes hin die gesamte Macht auszieht und Gebäude besetzt. Solche Befehle dürfen nur von der Regierung ausgegeben werden. Deshalb muß sofort in die Wege geleitet werden, daß die bewaffnete Macht zusammengerufen wird nach dem Casino, dem größten Saale in Bremen. (Ruf: Ist schon geschehen!) Die Versammlung muß von der Regierung eingeladen werden, und die Versammlung muß dann entscheiden, ob die bewaffnete Macht hinter der Regierung steht oder nicht. Steht sie nicht hinter der Regierung, dann bleibt für die Unabhängigen nichts übrig, als zurückzutreten. (Zuruf: Und was haben wir dann? Anarchie! — Jetzt steht Ihr ratlos da!)

Vors.: Es wird zweckmäßig sein, zunächst die drei Genossen zu bestimmen, die die Kommission bilden sollen. Wir können anarchische Zustände nicht billigen und müssen dagegen einschreiten. Ich glaube, daß von uns Bäumer geht.

Bäumer: Wenn meine Fraktion es für nötig hält, noch einmal über die Frage zu beraten, so möchte ich bitten, mit der Entsendung der Kommission noch einen Augenblick zu warten. Ich muß an der Besprechung teilnehmen.

Vors.: Ich glaube, die Beratung wird nicht lange dauern, nur ein paar Minuten. Wer wird von den Unabhängigen für die Kommission vorgeschlagen? (Rufe: Fraunkiewicz!)

Drettmann: Zur Geschäftsordnung! Ich kann mitteilen, daß Korn eben mit einem Auto voll Brot von der Kaserne gekommen ist, er befindet sich im Rathause. Er befindet sich nicht mehr in der Kaserne, sondern im Rathause! (Rufe: Muß in Haft gesetzt werden! Andererseits ist das Brot verteilt!)

(Pause von 12 Uhr 45 Minuten bis 1 Uhr.)

Vors.: Ich erkläre die Versammlung für wieder eröffnet. Im Namen der Kommunistischen Partei will der Genosse Bäumer eine Erklärung abgeben.

Bäumer: Parteigenossen! Im Auftrage meiner Fraktion habe ich ihnen mitzuteilen, daß die Fraktion der Kommunisten ihren Beschluß dahin revidiert hat, daß sie es ihren einzelnen Mitgliedern überläßt, für oder gegen die Konstituante zu stimmen. Gleichzeitig erklärt die Fraktion der Kommunisten, daß sie davon absieht, die Mitglieder ihrer Partei aus der Regierung herauszuziehen. (Bravo!) Voraussetzung dieser Revision ist einzig und allein die, daß im Interesse der gesamten Arbeiterschaft Bremens versucht werden muß, die augenblicklich drohende katastrophale Lösung der Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu unterbinden.

Senke: Und die bewaffnete Arbeiterschaft? Werden Sie dafür eintreten?

Bäumer: Ich glaube, das ist damit erledigt. Wenn die Kommunisten in der Regierung bleiben und die kommunistische Fraktion ihre Mithilfe zur weiteren Erhaltung der Ordnung erklärt, so ist damit die Einwirkung auf die bewaffnete Arbeiterschaft gewährleistet.

Opferrmann: Nachdem sich die Sache so geklärt hat, bitte ich, von einer namentlichen Abstimmung abzusehen. (Zuruf: Nein!)

Vors.: Ob die namentliche Abstimmung von Interesse ist, möchte ich bezweifeln. Es zieht die Sache nur noch eine Stunde hinaus. Wir haben noch sehr viele praktische Arbeit zu leisten; darüber sind wir uns klar, daß der Antrag mit großer Mehrheit angenommen werden wird. Was soll dann noch eine namentliche Abstimmung.

Der Antrag Opferrmann wird angenommen.

Der Antrag betr. Ausschreibung der Wahlen für eine allgemeine Volksvertretung wird gegen 17 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Vors.: Genossen! Ich glaube, die Vorarbeiten zu den Wahlen können wir nicht machen. Die Vorarbeiten können wir der Regierung überlassen. Wann die Wahlen stattfinden sollen, darüber kann die Regierung im Plenum Vorschläge machen.

Senke: Es wäre gut, wenn heute schon ein Vorschlag gemacht werden könnte.

Vors.: Soweit ich orientiert bin, ist festgestellt, daß die Wahlliste, die zur Nationalversammlung aufgestellt ist, nicht in Betracht kommen kann. Jedenfalls kommt in Betracht, daß Bremen ein kleiner Staat ist, wo nur die wählen können, die eine gewisse Zeit in Bremen gewesen sind. Andererseits hat sich herausgestellt, daß auch die Listen zur Nationalversammlung so unvollständig sind, daß in einzelnen Bezirken nahezu 100 Personen nicht wählen konnten. Auf Grund dessen ist es notwendig, daß neue Wahllisten aufgestellt werden. Das wird mindestens eine Zeit von 4 Wochen in Anspruch nehmen. Ich glaube, wenn die Regierung die Frage prüft, wird sie uns einen Vorschlag machen können, wann die Wahlen stattfinden können. (Zuruf: Einverstanden.)

Wir haben gestern noch etwas vergessen. Wir haben gestern beschlossen, eine Kommission zu wählen, um die Vorkommnisse von gestern und nun auch wohl von heute zu untersuchen. Fraunkiewicz hat vorgeschlagen, 7 Mitglieder zu wählen, von den Kommunisten 4, von den U. S. 3 und vom S. R. 1. Einverstanden? (Zuruf: Ja!)

Dann bitte ich um Vorschläge.

Spindler: Ich möchte ersuchen, daß wir von den Genossen absehen, die in der Regierung sitzen.

Es werden gewählt vom S. R. Ahrens, von den U. S. Frank, Allermann, Müller, von den S. R. Goldenbogen, Harlin, Stöckinger.

Vors.: Ich möchte die Genossen ersuchen, bald zusammenzutreten und rasch zu arbeiten. Wir kommen dann zum zweiten Punkt unserer T.-D.:

Gehaltsregelung der Mitglieder des R. d. V. und des Vollzugsrats, der Volkskommissariate und des Vorstandes des A. und S.-Rates.

Zur Geschäftsordnung Nietzschel: Ich möchte einen Vertagungsantrag stellen. Es ist unbedingt notwendig, eine Mittagspause eintreten zu lassen. Es kann nicht angehen, daß wir täglich ohne Mittagessen bleiben. Unter 1 Stunde würden wir unsere T.-D. nicht erschöpfen können.

Vors.: Darf ich dazu sagen: Der 2. Punkt der T.-D. wird nicht sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Zu Punkt 3 der T.-D. Beschlussfassung über eine Vertagung betr. Lehrlingsstreik ist auch ein Vertagungs-

antrag gestellt, weil noch Unterhandlungen schweben. Dieser Punkt würde also schon wegfallen. Die Wahl für einen Kommissar für Volkswohlfahrt wird auch nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Dann ist noch ein Punkt betr. die Delegation einer Konferenz nach Braunschweig. Ich glaube, in einer halben Stunde kann alles erledigt sein. (Zuruf: Drettmann: „Es kommt noch die Demonstration“!) Gerade deshalb müssen wir hier bleiben. Es ist eine Frage, was sollen wir tun, wenn die Demonstration kommt? Werden Forderungen an uns gestellt? Es wird doch demonstriert gegen den Meuchelmord an Liebknecht und Rosa Luxemburg. (Zuruf: Nein, wegen des Streiks, die wollen uns herunterhauen!)

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung Hagedorn: Ich habe in dem Berichte erklärt, die Banken wünschen entweder die Einsetzung der alten Senatsdeputation oder eine Kontrolle durch die Banken stattfinden zu lassen. Da wurde gesagt, das könnten die Kommissariate auch. Ich weiß nicht, ob wir das ohne weiteres machen können. Dafür möchte ich die Zustimmung des Parlaments haben.

Vors.: Ich möchte erklären, daß uns ein derartiger Antrag nicht überreicht ist. Wenn der Genosse Hagedorn in seinen Ausführungen etwas derartiges gesagt hat, so kann ich darüber nicht abstimmen lassen. Ich meine, daß die Regierung über derartige Fragen erneut verhandeln muß. Ich glaube nicht, daß wir einverstanden sein können, daß wir uns von dem Finanzkapital eine Kontrolle hierher setzen lassen können.

Senke: Die Finanzdeputation wieder zu berufen, wird ein Ding der Unmöglichkeit sein. Das würde die Wiedereinsetzung von S. und B. bedeuten. Es kann sich tatsächlich nur handeln um eine Kontrolle, und darüber mögen sie zunächst einmal eine Blankovollmacht ausstellen. Wir können darüber weiter verhandeln, das läßt sich aber im Plenum nicht machen, weil man nicht sagen kann, wie die Banken sich stellen nachdem der Beschluß gefaßt worden ist. Wir müssen jetzt erneut mit den Leuten zusammentreten, und wenn wir etwas von ihnen vorgeschlagen bekommen, dem wir nicht zustimmen, dann werden wir natürlich wieder an sie herantreten.

Vors.: Wir wollen es also der Regierung überlassen, mit den Herren vom Finanzkapital zu verhandeln.

Kaiser: Wir haben über die Frage der Gehaltsregulierung unterhandelt und schlagen Ihnen folgendes vor:

Antrag der Geschäftskommission.

Betrifft Gehaltsregelung der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, des Vollzugsrates und der Volkskommissariate.

Die Geschäftskommission schlägt vor, den Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten 800 M,

den Mitgliedern des Vollzugsrates und der Volkskommissariate ein monatliches Gehalt von 700 M auszusprechen.

Zur Begründung dieses Vorschlages führt die Geschäftskommission folgendes aus: Nimmt man das Existenzminimum bei der heutigen Lage mit rund 500 M monatlich an, wie es z. B. in den Löhnen der Werftarbeiter zum Ausdruck kommt, so ist bei dem Amte der genannten Mitglieder ein Mehraufwand für besondere Fahrten, Mittag- und Abendessen, die infolge der ständigen Beschäftigung in den Bureau zu Hause nicht eingenommen werden können und für die man täglich mindestens 6 M in Anrechnung bringen muß, auch mit Rücksicht darauf, daß infolge der überaus langen Arbeitszeit von täglich mindestens 12 bis 16 Stunden mehr Mahlzeiten eingenommen werden müssen, als dies bei einer geregelten Arbeitszeit sonst nötig ist, von monatlich mindestens 200 M erforderlich. Mit Rücksicht auf die große Anzahl von Sitzungen der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten erscheint ein Mehraufwand von 300 M als Ausgleich geboten.

Dieses Gehalt von 700 M wird in voller Höhe nur an solche Mitglieder der Regierung gezahlt, die sonst keine anderen Einkünfte haben. Mitglieder, die Nebeneinnahmen aus anderer Quelle haben, erhalten nur soviel an Gehalt, daß der Betrag von 700 M erreicht wird.

Bezüglich der Gehälter für die Mitglieder des Vorstandes des Arbeiter- und Soldatenrates schlägt die Geschäftskommission vor, da sie zu dieser Frage keine Stellung genommen hat, die Entscheidung darüber, ob und welche Gehälter für diese Vorstandsmitglieder festzusetzen sind, dem Plenum des Arbeiter- und Soldatenrates zu überlassen.

Der Vorstand des A. und S. R. schlägt zur Geschäftsordnung vor, daß er zu der letzten Frage keine Stellung genommen hat und die Entscheidung darüber, ob und welche Gehalte für die Vorstandsmitglieder bewilligt werden sollen, dem Plenum des A. und S. R. zu überlassen.

Dannert: Ich schlage vor, über den Antrag der Geschäftskommission getrennt abzustimmen: 1. über die Gehalte der Kommissare und Beauftragten, 2. über die Gehalte des Vorstandes. Es soll also die Debatte und die Beschlußfassung über die beiden Sachen getrennt vorgenommen werden.

Vors.: Sind Sie damit einverstanden? — Schön. Wünscht jemand zu dem Vorschlage bezüglich der Gehalte für die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten das Wort? Es meldet sich niemand.

Die Sätze werden angenommen.

Vors.: Wir stimmen dann ab über das Gehalt der Mitglieder des Vollzugsrates und der Kommissariate. (Zuruf: Darüber ist ja noch nicht diskutiert!)

Müller: Parteigenossen! Nach meiner Meinung ist es angebracht, den Unterschied zwischen den Gehältern für die Volksbeauftragten und denen der Mitglieder der einzelnen Kommissariate nicht so groß zu machen. Ich schlage vor, daß wir den Leitern der Kommissariate 750 Mk. geben und den übrigen Mitgliedern 700 Mk. (Zuruf: Leisten die weniger?)

Kaiser: Genosse Müller hat sich bei seinem Antrage vielleicht von einer guten Absicht leiten lassen. Ich muß aber konstatieren, daß die Arbeiten des Kopfes der Kommissariate und der Beiräte gleich sind. Der Kopf der Kommissariate hat nur etwas mehr zu arbeiten, weil er an den Vollzugsratsitzungen teilnimmt. Aber eine solche Differenzierung kann ich nicht anerkennen, sie ist auch nicht gerechtfertigt.

Opfermann: Ich selbst gehöre zwei Kommissariaten an. Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß man einen Unterschied zwischen den Genossen, die noch in Werkstätten tätig sind, und denen, die in Staatswürden eingetreten sind, nicht machen sollte. Es sind Höchstsätze festgesetzt, und die sollte man auch für die Kollegen in den Werkstätten übertragen. Man sollte aber nicht diejenigen, die in der Würde eines Amtes stehen, besser bezahlen, denn dadurch würde das Streben nach der Futterkrippe in den Vordergrund geschoben und ein Keil zwischen die Kollegen getrieben.

Frank: Ich möchte den Genossen Opfermann fragen, wie die Gehaltsregelung in den einzelnen Betrieben erfolgen soll. Man darf nicht nach der Schablone verfahren. Ich bin der Meinung, daß wir 700 Mk. zustimmen können und daß das nicht zu viel ist. Daran anknüpfen möchte ich aber, daß ein großer Teil der Leute seine Tätigkeit nicht so entfaltet, wie es zu wünschen wäre. Es geht nicht, daß sich manche so wenig um ihre Tätigkeit kümmern. Diese Leute können ja keine Stützen der Kommissariate sein. Sie haben im Interesse des Staates tätig zu sein. Es geht nicht an, daß einige Genossen tagelang garnicht kommen. (Ruf: Abbiegen!) Ich stehe sonst auf dem Standpunkt, daß der Vorschlag von 700 Mk. nicht zu hoch ist. Wir müssen berücksichtigen, daß die früher tätigen Personen, die von seiten des Kapitals angestellt waren, bedeutend höhere Gehalte erhalten haben.

Vors.: Ich möchte sagen, wenn verschiedene Mitglieder der Kommissariate nicht ihre ganze Tätigkeit entfalten, so kann das nur zutreffen, wenn sie krank sind. (Widerspruch.) Klawitter ist krank, und bei Erlinger hat der Arzt 39 Grad Fieber festgestellt. (Zuruf: Und Kerrls?) Wenn freilich Genossen zur Nationalversammlung Agitation leisten . . . ich weiß nicht, ob sie für diese Tage ein Gehalt beanspruchen dürfen. Aber Parteigenossen, wir müssen uns auch darüber klar sein, daß sich Angestellte des bremischen Staates lange Wochen für die Wahlarbeit haben beurlauben lassen, und ihr Gehalt ist ihnen ebenfalls

weitergezahlt. Seien Sie davon überzeugt, die Regierung wird schon dafür sorgen, daß keine Kamarillawirtschaft einreißt. Mitglieder der Kommissariate haben jeden Tag 15 bis 20 Stunden gearbeitet, während Arbeiter nur 8 Stunden tätig sein brauchen.

Kaiser: Bezüglich der Gehalte für die Mitglieder des Vorstandes vom Arbeiterrat hat uns die Geschäftskommission gesagt, daß die Mitglieder eigentlich nur dann in Tätigkeit treten, wenn Plenarsitzungen sind, und daß sie dafür entschädigt werden, konnten wir nicht einsehen. Wir haben uns weiter gesagt, daß der Vorsitzende Brodmerkel vielleicht auch mit den Vorbereitungen zu den Versammlungen, mit Einladungen usw. beschäftigt sei. Das sind aber auch Arbeiten so geringfügiger Natur, daß von einer Entlohnung dafür nicht die Rede sein kann. Dann kommt aber für Brodmerkel eine Entlohnung in Frage, weil er im Sekretariat des Arbeiterrats auf dem Domshof bei Loose in den Sitzungen des Ausschusses für das Ernährungswesen tätig ist, und dafür würde er sein Gehalt auf Grund eines früheren Beschlusses weiter beziehen. Ob auch für andere Mitglieder ein Gehalt bewilligt werden soll, darüber will ich mich nicht auslassen, weil sonst von einer Voreingenommenheit gesprochen werden könnte.

Müller: Wir haben eben einen Antrag angenommen, wonach zuerst das Gehalt der Volksbeauftragten und dann das Gehalt der Volkskommissariate geregelt werden sollte. Nach meiner Meinung müßte jetzt zuerst abgestimmt werden über das Gehalt der Kommissariate und dann erst über die Gehalte des Vorstandes des A. und S. R. Ich möchte dann noch besonders darauf hinweisen, daß ein Genosse gesagt hat, daß die Mitglieder der Volkskommissariate nicht auf ihren Posten seien. Man sollte dies doch nicht in der breiten Öffentlichkeit sagen, ohne ganz bestimmte Grundlagen dafür zu haben. Wird das durch Tatsachen bestätigt oder handelt es sich um bloße Gerüchte? Ehe man in der breiten Öffentlichkeit solche Behauptungen aufstellt, muß man den Beweis dafür antreten. Ich weiß, daß Genossen in den Volkskommissariaten tatsächlich bis an die Ohren in Arbeit sitzen und täglich 15 bis 16 Stunden arbeiten.

Lindau: Ich habe zu erklären, daß die Vorstandsmitglieder auf eine besondere Bezahlung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit verzichten.

Vors.: Jedenfalls ist es richtig, was Genosse Kaiser gesagt hat. Wir hatten über drei Punkte zu verhandeln, und es war beantragt, die Debatte zu trennen und über zwei Punkte getrennt zu verhandeln. Die Frage ist aber durch die Erklärung des Genossen Lindau erledigt.

Der Antrag, betreffend das Gehalt für die Mitglieder der Kommissariate, wird angenommen.

3. I.-D.: Beschlussfassung über eine Verfügung betreffend den Lehrlingsstreik.

Vors.: Dazu hat Radzuhn den Antrag gestellt, die Verhandlung jetzt auszusetzen, weil noch Verhandlungen in der Schwebe sind. Weiter liegt ein Antrag Stockhinger vor. (Wird verlesen.)

Brauckmüller: Ich glaube, man muß mir Gelegenheit geben, hierzu zu sprechen. Es ist mir von Radzuhn die Aufgabe übertragen worden, Ihnen über die Sache zu berichten. Die Verfügung lautet folgendermaßen:

Das Volkstomissariat für Fabrik- und Arbeitswesen hat auf Grund der Verhandlungen mit dem Streikkomitee der Lehrlinge deren Forderungen als berechtigt anerkennen müssen und verfügt wie folgt:

Die bestehenden Lehrverträge werden einer baldigen Revision unterzogen.

Bis zur Regelung der Frage durch das zu errichtende Arbeitsamt wird der Stundenlohn der Lehrlinge in allen Gewerben wie folgt festgesetzt:

1. Lehrjahr —,35 M
2. Lehrjahr —,50 M
3. Lehrjahr —,65 M
4. Lehrjahr —,85 M

Wo in den Betrieben höhere Lohnsätze gezahlt werden, bleiben dieselben bestehen und dürfen in keinem Fall herabgesetzt werden.

Die Dauer der Lehrzeit wird durch das zu errichtende Arbeitsamt geregelt. Die Ausräumungsarbeiten sind während der Arbeitszeit zu machen.

Die Streiftage werden den Lehrlingen bezahlt.

Jegdwelche benachteiligende Maßnahmen und Entlassungen des Streiks wegen dürfen nicht vorgenommen werden.

Genossen, ich habe kurz folgendes zu berichten. In einer kleinen Fabrik . . .

Vors.: Wir müssen erst zum Geschäftsordnungsantrage Stellung nehmen, ob wir vertagen wollen oder nicht. Wir können noch nicht zur Sache sprechen.

Brauckmüller: Ich spreche zur Sache.

Vors.: Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor. Darüber müssen wir verhandeln.

Radzuhn: Verhandlungen sind in der Schwebe. Es geht nicht, daß wir uns zweimal über diesen Antrag berichten lassen.

Der Antrag Radzuhn wird angenommen.

Vors.: Noch eine andere Sache. Es ist ein Eilbrief von Braunschweig eingelaufen.

Braunschweig, den 20. 1. 19.

An den Arbeiter- und Soldatenrat

Bremen.

Zwecks Besprechung über die Konstituierung und Abgrenzung selbständiger Republiken und über eine gemeinsame Aktion der Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Regierung Ebert-Scheidemann bitten wir, Delegierte des A- und S.-Rates nach Braunschweig zu entsenden. Zugleich ersuchen wir Sie, Ihnen bekannte A- und S.-Räte Ihrer Umgebung zur Delegation zu veranlassen.

Die Sitzung findet am Sonnabend, dem 25. Jan. 1919, vormittags 10 Uhr, im Landtagsgebäude statt. Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates.

J. A.: Paul Junke.

Delegierte: Miller, Lucas, Spindler.

Zur Geschäftsordnung Stockhinger: Ich hatte einen Antrag eingebracht, der im ersten Teile genau so lautet wie der Antrag Radzuhn, nämlich die Frage des Lehrlingsstreiks von der Tagesordnung abzusetzen, da Verhandlungen darüber in der Schwebe sind. Der Lehrlingsstreik, der spontan ausgebrochen ist, entbehrt der notwendigen Führung, und wir haben uns als Vertreter der freien sozialistischen Jugend der Sache angenommen. Wir möchten dazu von Euch die Ermächtigung haben, und darum lautet der letzte Teil meines Antrages dahin, daß Ihr uns die Genehmigung dadurch erteilt, daß Ihr meinem Antrage zustimmt. Der Vorsitzende hat meinen Antrag nicht verlesen und nicht zur Abstimmung gebracht. Der ist keineswegs durch den Antrag Radzuhn erledigt.

Vors.: Ich meine, da Verhandlungen mit dem Kommissariate für Fabrik- und Arbeitswesen gepflogen werden, und da Sie den Antrag Radzuhn angenommen haben, erledigt sich der Antrag Stockhinger von selbst. (Widerspruch.) Ich bitte, das Fabrikwesen führt doch die Verhandlungen.

Radzuhn: Die Genossen Brauckmüller und Stockhinger sind beauftragt worden, die Sache mit dem Lehrlingswesen zu regeln. Ich meine, es ist unser Ausschuß. Wir haben den Auftrag und dementsprechend werden wir verfahren. Weil nun Verhandlungen stattgefunden haben mit dem Innungsausschuß, können wir im Augenblick nicht berichten. Es geht nicht an. Wir wollen über die Sache zusammen berichten. Deshalb möchte ich ersuchen, weiter keine Debatte zu belieben.

Vors.: Wir können doch nicht eine politische Organisation, die freie sozialistische Jugend, beauftragen, eine Exekutivgewalt auszuüben. Das geht doch nicht. Andererseits ist es so, daß Stockhinger und Brauckmüller als Unterstaatssekretäre im Fabrikwesen tätig sind. Die Personen sind dieselben. Nun kommen sie und sagen, die sozialistische Jugend soll es machen!

Zur Geschäftsordnung Schulz: Es handelt sich nicht um die drei Personen allein, auch um meine Person handelt es sich. Ich bin bei den Verhandlungen nicht hinzugezogen worden. Ich schwebe in der Luft, und ich halte es für richtig, daß ich auch dabei bin. Durch meine Tätigkeit in der Jugend kann ich das verlangen.

Vors.: Ich kann die Genossen nicht verstehen! Wenn sie die Führer dieses Streiks geworden sind, dann ist es auch ihre Pflicht und Schuldigkeit, daß sie an das Kommissariat herantreten und sagen, wir sind die Vertreter der Streikenden und verlangen, an den Verhandlungen teilzunehmen. Das ist nicht Sache des Plenums. Wenn Sie über Ihre Aufgaben als Streikleiter so wenig informiert sind, dann bedauere ich Sie. Damit ist die Sache erledigt. Zu dem Schreiben aus Braunschweig möchte ich sagen, wir haben einmal Interesse daran, auf dieser Konferenz besonders vertreten zu sein. Sind Sie damit einverstanden, wenn ich Ihnen vorschlage, drei Delegierte zu wählen, und zwar einen von den U. S., einen von den F. R. und einen vom S. R.? (Einverstanden.)

Es werden gewählt: Müller (F. R.), Lucas (S. R.), Spindler (U. S. F.).

Vors.: Die Genossen müssen sich an uns wegen der Mandate wenden.

Genossen, uns geht noch eine Anfrage zu.

Die Vertrauensleute der Garnison Bremen bitten um Aufklärung, warum entgegen dem Beschluß von gestern abend die Arbeiter nicht aus der Kasernenwache usw. ausgeschieden sind. Wer gab den Auftrag zur Entwaffnung des Militärs?

Raudler, Petersen, Holle, Appel.

Ich glaube, es ist richtig, wenn die Genossen sich an die Regierung wenden, oder wir überweisen es an die Regierung. Sind Sie damit einverstanden? (Ja!) Wir haben dann noch einen Vertreter für den Genossen Jörn zu wählen. Er gehörte der kommunistischen Partei an. Es muß wieder ein Kommunist sein. Ich bitte um Vorschläge. (Zurufe: Goldenbogen, Breitmeier!)

Braudmüller: Soweit mir bekannt ist, ist der Genosse Jörn vom Ausschuß für Bildungswesen und Volkswohlfahrt eingesetzt worden und nicht von uns. Der Genosse Jörn ist von diesen Leuten auf den Posten berufen worden. (Zurufe: Nein!)

Vors.: Der Genosse Braudmüller täte besser, sich erst genau zu erkundigen, ehe er hier spricht. Der Genosse Jörn ist vom Plenum gewählt worden.

Der Genosse Goldenbogen wird für das Kommissariat für Volkswohlfahrt gewählt.

Vors.: Genossen! Es ist eine Unklarheit gewesen über die Person des Genossen Goldenbogen. Er wird

sich Ihnen repräsentieren. (Geschickt.) Ich lasse deshalb nochmals abstimmen.

Der Genosse Goldenbogen wird gewählt.

Klawitter: Wir haben noch über die
Vorzensur

zu sprechen!

Vors.: Darüber wollten wir eben in die Verhandlung eintreten.

Klawitter: In der heutigen Ausgabe der „Weser-Zeitung“ findet sich folgende Anzeige:

Freiwillige für das Korps Brüssow, Berlin, werden sofort eingestellt; Löhnung und Tageszulage, freie Verpflegung und Unterkunft, vollständige Einkleidung, Treugelb, monatlich steigend.

Anmeldungen bis spätestens Donnerstag mittag 12 Uhr bei der Bahnhofskommandantur, wo auch jede weitere Auskunft erteilt wird.

Für Wilhelmshaven: Werbebureau: Hansahotel. Werbekommission des Freiwilligen-Korps Brüssow.

Ich möchte fragen, ob unsere Vertreter in der Preßkommission diese Anzeige nicht gesehen haben. Wenn wir eine Vorzensur haben, müssen doch solche Anzeigen verhindert werden! Es handelt sich doch offenbar um Anwerbungen für die Weiße Garde.

Breitmeier: Ueber die Frage der Vorzensur selbst und was damit zusammenhängt, möchte ich einige Ausführungen machen. Wir kam heute morgen zu Ohren, daß sich vom Werbebureau Brüssow in Wilhelmshaven zwei Leute, ein Fähnrich und ein Leutnant, in Bremen befinden, um Freiwillige anzuwerben zur Bekämpfung unserer oberchlesischen Genossen, der Kohlenarbeiter. Ich habe darauf sofort durch ein Kommando den Fähnrich im „Nordischen Hof“ verhaften lassen. Ich habe selbst die Papiere . . . (Henke: Wer hat Sie dazu bevollmächtigt?) Ich habe die Papiere selbst gelesen. Es ging daraus hervor, daß Freiwillige angeworben werden sollten, um gegen die oberchlesischen Genossen zu kämpfen. (Henke: Darum handelt es sich nicht, sondern darum, wer Ihnen den Auftrag gegeben hat!) Schlieper: Es war mir auf einer Fahrt durch die Stadt mitgeteilt von Genossen, daß ein Leutnant und ein Fähnrich aufputschen wollten. Auf Grund dieser Mitteilung beauftragte ich mit einigen Genossen, einige Bewaffnete, die beiden Leute festzunehmen, damit sie nicht entwichen. Der Auftrag wurde ausgeführt und der Fähnrich verhaftet und zum Stadtkommandanten geschickt. Aus den Papieren ging hervor, was sie im Schilde führten.

Vors.: Damit ist die Anfrage erledigt. (Zurufe.) Wünscht noch ein Mitglied des Soldatenrats das Wort?

Drehtmann: Ich protestiere dagegen, daß ein Genosse vom Soldatenrat Breitmeier die Erlaubnis

gibt, jemand zu verhaften. Zu einer Verhaftung ist bevollmächtigt entweder die Sicherheitspolizei oder der Stadtkommandant. Daß jemand von einem Mitgliede des Soldatenrats dazu bevollmächtigt wird, das kann nicht angehen.

Breitmeier: Das geht wohl an. Es handelt sich um einen wichtigen Fall. Die Sache ging von nationalen Parteien aus, wie ich genau weiß. Es war kein übereilter Schritt von mir, sondern ich mußte diesen Schritt tun. (Zuruf: Nein, das geht nicht!) Wenn Genossen auf dem Standpunkt stehen, daß solche Sachen bürokratisch gehandhabt werden sollen, so ist das ein großer Fehler. Wenn ich nicht sofort eingeschritten wäre, so wären beide Leute entwischt. Der Leutnant ist es so wie so. Es ist mir ganz gleich, was für Konsequenzen daraus gezogen werden.

Störmer: Der Antrag, die Vorzensur für die bürgerliche Presse aufzuheben, die zum Schutze der Revolution eingeführt wurde, ist schon vor einiger Zeit erwogen. Aber die bürgerliche Presse hat in der alten Weise weiter gearbeitet in einem Tempo, daß die proletarische Bewegung dadurch hätte Schaden leiden können. Wir haben es ja in Berlin und Düsseldorf gesehen, wohin das führen kann, und wir haben gar keine Ursache mehr, die Vorzensur für die bürgerliche Presse noch weiter bestehen zu lassen. Wir sind gezwungen, eine andere Taktik einzuschlagen und mehr praktisch vorzugehen. Was die Anzeige in der Weser-Zeitung anbetrifft, von der Genosse Klawitter gesprochen hat, so war Willems mit der Vorzensur beauftragt. Es scheint, daß ihm diese Anzeige aus irgend einem Grunde durch die Finger gegangen ist, sonst würde er sicher nicht zugelassen haben, daß sie in die Zeitung hineingekommen ist. Wenn nun aber auch für die bürgerlichen Zeitungen die Vorzensur nicht mehr bestehen soll, so soll die bürgerliche Presse doch verpflichtet bleiben, von unserer Seite und von Seiten des Kommissariats für Propaganda Einsendungen für den Text aufzunehmen, ohne dazu durch irgend welche Kommentare Stellung zu nehmen. Ich glaube, daß die letztere Maßnahme aufrecht erhalten werden sollte, damit wir in der Lage sind, die bürgerliche Presse in unserem Sinne fruchtbar zu machen, damit auch durch sie in unserem Sinne Aufklärung geschaffen wird über das, was die Regierung tut. In dem Sinne bitte ich zu beschließen: also die Vorzensur aufzuheben, es aber bestehen zu lassen, daß die bürgerlichen Blätter Artikel der Regierung ohne Kommentar aufzunehmen haben.

Henke: Genossen! Daß die Vorzensur aufgehoben werden soll, begrüße ich mit Freuden, und ich freue mich besonders, daß auch Genossen von den Kommunisten der Ansicht sind, daß eine solche Vorzensur mindestens überflüssig ist. Ich möchte sie aber auch bitten, den Beschluß aufzuheben, der nach der

Meinung Störmers aufrecht erhalten werden soll. Was wird denn dadurch erzielt, daß einige Artikel in unsere sogenannte bürgerliche Presse hineingebracht werden? Die bürgerlichen Elemente, auf die diese Artikel wirken sollen, werden sich dadurch doch nicht überzeugen lassen, zumal diese Artikel hinsichtlich ihrer Herkunft kenntlich gemacht werden, und für die Belehrung in unseren eigenen Kreisen haben wir unsere eigene Presse, den Kommunist und die Bürger-Zeitung. Im übrigen läßt sich nach meiner Ueberzeugung in der Richtung durch Flugblätter viel mehr machen. Ich würde daher dafür sein, alle Zwangsmaßnahmen gegenüber der bürgerlichen Presse zu vermeiden.

Ich habe mich aber eigentlich zum Worte gemeldet aus Anlaß der Erklärung Breitmeiers. Wir haben da einen Schulfall vor uns, wo wir nicht ohne weiteres handeln dürfen. Ein Genosse, der es offenbar gut gemeint hat und der von der Güte seiner Sache überzeugt ist, hat einen irbeliebigen Genossen, der bewaffnet war, aufgefordert, jemand zu verhaften. So etwas darf nicht vorkommen. Dieser Genosse ist von der Notwendigkeit seines Vorgehens überzeugt gewesen. Wenn wir aber so etwas zulassen wollen, kann mit dieser Freiheit auch ein Mißbrauch getrieben werden, es kann sich dabei auch um eine Dummheit handeln, für die dann die Folgen zu tragen wärer. Es könnte auch vorkommen, daß sich ein Hauptmann von Köpenick in unseren Reihen zeigte. So etwas gehört sich auf keinen Fall. Man muß so etwas der Regierung überlassen. Das schließt nicht ein, daß man niemals bewaffnete Macht in Anspruch nehmen dürfte, aber man hat sich dann bezüglich eines solchen Befehls zur Verhaftung erst an die zuständige Behörde zu wenden. (Zuruf: Das ist kein Bürokratismus.) Wollte man jedem in dieser Weise das Recht der Verhaftung zugestehen, so würde man es ermöglichen, daß jemand einen irbeliebigen bewaffneten Arbeiter unter Umständen überredet — und wenn dies ein guter Freund ist, wird man ihn leicht überreden können — ihm bei der Verhaftung behilflich zu sein. So etwas darf nicht der Entscheidung eines Einzelnen überlassen werden. Die Zentrale kann das besser beurteilen. Und die Zentrale hat dann auch die Verantwortung zu tragen. Breitmeier hätte diese Leute nicht selber packen dürfen, sondern telephonisch den Stadtkommandanten benachrichtigen müssen. (Breitmeier: Dann wären sie beide inzwischen entwischt, der Leutnant ist es auch so!) Nun, es gibt viele Leutnants, selbstverständlich, auf die man nicht alle aufpassen kann, die man auch nicht alle abfassen kann, wenn sie gewisse Aeußerungen tun bezüglich eines Putsches usw., selbstverständlich, und das wird man auch garnicht hindern können. Hier aber handelt es sich darum, ob irgend jemand berechtigt sein soll, jemand in Haft zu nehmen. Früher haben gerade wir es damit sehr genau genommen, haben es moniert, wenn einem der Unseren so etwas geschehen ist, haben

das mit Recht motiviert. So etwas ist äußerst gefährlich, und wir sollten uns sehr hüten, jemand in seiner persönlichen Freiheit zu beschränken, denn gerade das fördert reaktionäre Pläne. Gestatten wir so etwas, so geraten wir in ein Tohuwabohu hinein, dessen Anfang wir in dem Auftreten Ibrus gesehen haben. Ich danke dafür! Wir müssen den Genossen und jedem den Schutz unserer Regierung angedeihen lassen. Das ist notwendig, wenn die Regierungshandlungen durchgeführt werden sollen. Das ist meine Ansicht über diese Sache.

Vors.: Dazu möchte ich sagen, auch das bürgerliche Gesetz hat jedem die Gelegenheit und Möglichkeit gegeben, eine verdächtige Person verhaften zu lassen. (Rufe: Ohne Zweifel!) Die Strafprozedur bestimmt, daß ein jeder Verhafteter binnen 24 Stunden dem Richter vorzuführen ist, der dann darüber zu entscheiden hat, ob er verhaftet bleibt oder freizulassen ist. Das gilt wohl auch für Zeiten der Revolution. Breimeier hat jedenfalls im Interesse der Revolution gehandelt, und wir wissen noch dazu daß er von einem Mitgliede des Soldatenrates den Auftrag erhalten hat, so zu handeln. Das kann selbstverständlich nicht generell so gehen, aber in dringenden Fällen, wo eine schnelle Entscheidung getroffen werden muß.

Opfermann: Auch ich bin der Meinung, daß man bei solchen Gelegenheiten nicht allzu zümpelich vorgehen sollte. Die bürgerliche Gesellschaft ist in solchen Fällen auch nicht zümpelich vorgegangen und hat jeden verhaftet, wenn er ertappt wurde. Wir müssen den Wachhabenden das Recht geben, jeden zu verhaften, der verdächtig ist, und ihn dem Stadtkommandanten vorzuführen. Wenn jemand auf faulem Pfade ertappt wird und gegen die Revolution arbeitet, muß er unnochsiglich vom Wachdienst verhaftet werden.

Starker: Ich glaube, die Sache liegt doch etwas anders. Die Meinung war heute früh vorhanden, daß Treimann als Stadtkommandant abgesetzt und daß Plettner Stadtkommandant ist. Und im übrigen handelt es sich nicht bloß um einen Eingriff, sondern um viele. Auf meine Anfrage wird mir gesagt, daß auf den Hansa-Lloyd Werken der Strom abgesperrt wurde, und daß die Arbeiter ihn mit Gewalt wieder anstellt haben, daß bewaffnete Arbeiter wieder eindringen sind und den Strom wieder abgestellt haben. Ich habe den Leuten geraten, sich der Gewalt zu fügen. Das sind Eingriffe von einzelnen Personen. Wenn das so weiter geht, dann kommt es zu einer Anarchie.

Vors.: Ich möchte bloß sagen: ein diesbezüglicher Antrag ist hier jetzt noch nicht gestellt.

Senke: Ich stelle hiermit den Antrag, daß alle Haftbefehle ausgestellt werden von zentraler Stelle.

Vors.: Das ist doch selbstverständlich, schon auf Grund des alten bürgerlichen Gesetzes. Die Sache ist die: jeder Bürger konnte auf der Straße jemanden verhaften lassen. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Wollen wir über diese Sache noch eine große Debatte haben?

Faust: Es ist nicht meine Absicht, eine Zensurdebatte heraufzubeschwören. Die Sozialisten von Marx bis Lassalle haben doch bei weitem die meisten Gründe gegen die Zensur vorgebracht. Haben wir erst die Reaktion mit Keulen totgeschlagen, so ist es nicht nötig, sie mit Nadeln noch einmal totzustechen. Das haben wir getan, indem wir am ersten Tage Maßnahmen ergriffen, die wir jetzt rückgängig zu machen haben. Heute hat bereits in der ersten Sitzung die Zensur als unzumutbar kritisiert, und jetzt, nach zehn Tagen, kommen wir zu der Einsicht, daß er recht gehabt hat. Durch die Zensur haben wir uns mehr geschadet als genützt. Wir haben der zensurierten Presse sogar finanziell genützt, denn der Reiz einer zensurierten Presse — das wissen wir von den Kriegszeiten her — ist ein viel pikanteres als der der Zensur nicht unterstellten Presse. Auch moralisch haben wir uns geschadet, denn in das übrige Deutschland ist hinausgetragen worden, daß wir die bürgerliche Presse mit so feinen Mitteln knebeln. Wir haben nicht erreicht, daß die Meldungen, die von der Zensur verboten wurden, in Bremen unbekannt blieben, denn jeder einzelne hatte die Freiheit, nach dem Bahnhof zu gehen und sich eine auswärtige Zeitung zu kaufen, um festzustellen, was eigentlich in Bremen an Nachrichten nicht veröffentlicht werden durfte. Außerdem kann eine Zensur nicht mit der Strenge durchgeführt werden, daß nichts in die Öffentlichkeit gelangt, was der Partei ungünstig ist. Es ist z. B. ganz unmöglich, die Anzeigen so durchzulesen, daß gegenrevolutionäre Anzeigen verhindert werden. Wer kann sich z. B. die Arbeit machen, all die kleinen Anzeigen in den „Bremer Nachrichten“ darauf zu prüfen, ob sie irgend etwas gegen die Regierung enthalten. Also dem Beschluß, die Zensur aufzuheben, stehen Interessen der Revolution nicht entgegen, und ich möchte mich in dieser Beziehung ganz heute anschließen. Dann möchte ich mich gegen Störmer wenden, wenn er meint, daß der Zwang für die bürgerlichen Blätter, Artikel von uns zu bringen, aufrecht erhalten werden sollte. Wir erreichen damit die Auflösung, die wir wünschen, doch nicht. Denn diese Artikel sind von vornherein durch ihren Inhalt und durch ihre Kennzeichnung den bürgerlichen Lesern bekannt. Wir wissen ja auch von der Kriegszeit her, die wir selbst immer dieser Propaganda gegenüberstanden haben, daß sie stets das Gegenteil von dem bewirkt, was die Regierung damit beabsichtigt hatte. Also bitte ich Sie, diese Maßnahmen nicht weiter bestehen zu lassen, sondern die Pressefreiheit wiederherzustellen. Wir wollen durch andere Mittel aufklärend wirken und dem Volke unsere Ideen zugänglich machen, wenn es

nötig sein sollte, dadurch, daß wir neue Blätter gründen. So steht nichts im Wege, daß die kommunistische Partei selber Aufklärung schafft auf eine Weise, wie sie es für am besten hält. Ich bitte also, die Anträge anzunehmen und die Aufhebung der Vorzensur und die Aufhebung des Zwanges für die bürgerlichen Blätter zu beschließen, Artikel von uns aufzunehmen. (Unruhe.)

???: Es erweckt vollständig den Anschein, als verhandelten wir hier in einem Diskussionsklub und nicht in einem Parlament. Ich möchte zunächst Breitmeiers Ansichten beipflichten. Ich stehe auch auf dem Standpunkt: wenn jene Elemente am Ruder sind, die mit aller Gewalt gegenrevolutionär auftreten, dann kann man die wohl verhaften lassen. Das muß restlos geschehen. Sie haben ja das Recht, innerhalb vierundzwanzig Stunden zu verlangen, daß sie verhört werden. Aber daran hat man sich unter dem alten Regiment ja nie gekehrt.

Henke: Wenn Genosse Brodmerkel sich hier auf die Strafprozeßordnung berufen hat, so hat er nur einen Teil der Frage berührt, wie sie früher bestand, als das bürgerliche Gesetz noch galt. In der Strafprozeßordnung ist vorgesehen, daß niemand verhaftet werden darf länger als 24 Stunden. Aber darum handelt es sich ja garnicht. Genosse Brodmerkel soll nachweisen, daß jeder Bürger jedermann verhaften darf. Das würde die Anarchie bedeuten. Daß Fälle eintreten können, wo eine Festnahme außerordentlich schnell erfolgen muß, das ist zuzugeben. Es geht aber trotzdem nicht an, daß es jedem einzelnen Genossen unbenommen sein soll, eine Verhaftung selbst vorzunehmen. Beantragen kann sie jeder, aber niemals darf er sie selbst vornehmen. Das ist Anarchie, darauf verlaßt Euch. Deswegen muß ich schon bei diesem Fall sofort Klarheit schaffen, und ich sage Euch: ich für meinen Teil werde in der Regierung auf keinen Fall weiter mitmachen, wenn nicht auch dieser Fall klargestellt ist. Er muß genau so erledigt werden wie die Frage der bewaffneten Macht.

Und nun noch einmal die Frage der Zensur: Genosse Faust hat ganz richtig gesagt, wie es mit den Artikeln, die die bürgerlichen Blätter aufnehmen müssen, steht. Ich möchte aber noch eins sagen. Mir wäre es sehr lieb, wenn Genossen, die diese Artikel für die bürgerliche Presse geschrieben haben, auch für unsere Presse einmal schreiben wollten. Ich würde dankbar sein, wenn sie die Artikel ebenso gratis der Bürgerzeitung zur Verfügung stellten. Wir haben sehr wenig Mitarbeiter. Wenn Genosse Störmer uns solche Artikel herausgeben will, wir sind gern bereit, sie aufzunehmen.

Wollen wir es nur bei der Aufhebung der Zensur belassen? Warum soll der Belagerungszustand weiter bestehen bleiben? Er schließt ja eine Menge wirtschaftlicher Schäden für gewisse Leute ein, z. B. für die

Kellner im Ratskeller. Die sind durch eine Karte — leider ohne Unterschrift — an mich herangetreten: durch den Belagerungszustand sei ihnen der Verdienst genommen und es gäbe für sie keine Entschädigung. So wird es natürlich auch mit einer großen Anzahl anderer Betriebe gehen. Und was verhindern wir denn durch den Belagerungszustand? Das, was sich heute hier ereignet hat, haben wir nicht gehindert, und das war das schlimmste, was eintreten konnte. Deswegen ist es wichtiger, daß die bewaffnete Macht an die richtige Stelle gestellt wird, und daß sie nur auf bestimmte Weisungen hin in Aktion tritt. Das ist viel wichtiger als der Belagerungszustand. Wenn wir uns mit den bewaffneten Genossen verständigen, brauchen wir den Belagerungszustand nicht mehr. Moralisch brauchen wir ihn nicht mehr, und um der Wirkung nach außen hin sollten wir ihn sofort beseitigen. Darum war ich von Anfang an der Ueberzeugung, daß er mehr schadet als nützt. Lösen Sie die Frage gründlich; ohnedem werden wir überhaupt nicht regieren können.

Frank: Ich möchte den Antrag stellen, Schluß in dieser Sache zu machen. Wir sind uns doch klar darüber, wie wir zu stimmen haben.

Vors.: Sommer beantragt Aufhebung des Belagerungszustandes. Es ist weiter ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Breitmeier: Einige Worte müssen Sie den Kommunisten lassen. Bisher hat sich von denen noch niemand dazu geäußert, wie wir dazu stehen.

Vors.: Man soll hier immerfort alle Wünsche erfüllen. Es hätte doch jemand von Ihnen sich zum Wort melden können. Man kann doch nicht zweierlei Geschäftsordnung walten lassen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag auf Aufhebung der Vorzensur der Presse wird angenommen.

Der Antrag auf Aufhebung der Bestimmung, wonach die Presse Artikel der Regierung aufnehmen muß, wird angenommen.

Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird angenommen.

Vors.: Wir haben dann noch abzustimmen über den Antrag, daß nur die zuständigen Stellen Verhaftungen vornehmen dürfen. . . . (Henke: Nein, die der Regierung unterstellten Organe!) Also schön, die der Regierung unterstellten Organe (Patrouillen, Sicherheitsmannschaften, Wachmannschaften) Verhaftungen vornehmen dürfen.

Der Antrag wird angenommen.

Vors.: Es ist noch ein neuer Antrag eingegangen:

Ich stelle den Antrag, dahin zu wirken, daß die Mitglieder des A.- und S.-R., die durch Beteiligung an den Sitzungen einen Ausfall am Tagesverdienst haben, vom A.- und S.-Rat entschädigt werden. (Zuruf: Die Sache ist erledigt, ist schon prinzipiell entschieden!)

Hagedorn: Ich beantrage, darüber nicht im Parlament zu verhandeln, sondern den Antrag an die Geschäftskommission zu überweisen, die schleunigst darüber verhandeln wird. Dann haben sie die Gewißheit, daß die Sache ordnungsgemäß und gewissenhaft geprüft wird.

Vors.: Ich möchte hinzufügen, daß selbstverständlich nur diejenigen Mitglieder eine Entschädigung bekommen, die am Schluß der Sitzung noch anwesend sind. Es kommt vielfach vor, daß Genossen zur Sitzung erscheinen, aber bald nach Beginn der Sitzung wieder fortgehen.

Henke: Sie müssen auch am Anfang der Sitzung da sein, wenn sie eine Entschädigung haben wollen, nicht wie Breitmeier und Genossen.

Bögeding: Es ist in den Zeitungen eine Mitteilung des Volkskommissariats für das Ernährungswesen erfolgt. Diese Mitteilung habe ich nicht erlassen. In den Bremer Nachrichten vom 21. Januar ist unter der Überschrift: „Neuer Massenstreik in Bremen“ auch eine Zusammenstellung von Bekanntmachungen über den Streik gegeben, die auch von meiner Seite nicht veranlaßt ist. In beiden Mitteilungen wird gesagt, daß Lebensmittelgeschäfte bis 12 Uhr mittags auf haben dürfen.

Vors.: Diese Bemerkung ist auf Wunsch der Geschäftsführer der Lebensmittelkommission, nachdem sie mit der Streikkommission in Verbindung getreten war, veröffentlicht worden. Die Massen sollten dadurch nicht zum Streik ermuntert werden.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 18 Minuten.

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...